

Abonnements-Preis: vierteljährlich für Berlin 1 Rthl. 12 Sgr.; für ganz Preußen 1 Rthl. 18 Sgr. In separate: für den Raum einer Petitzeile 2 Sgr.

Berlin, Montag, den 18. März. (Morgen-Ausgabe.)

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- u. Auslandes an; für Berlin die Expedition d. National-Zeitung, Lindenst. 81.



Heute und vor zwei Jahren.

Zwei Jahre sind nun verflossen seit dem 18. März 1848. Vieles ist seitdem anders geworden; aber wenig ist verändert.

Der 18. März 1848 wurde in ganz Preußen, ja in ganz Deutschland als ein Tag der Erlösung, als der Tag der Befreiung von langem und unwürdigem Drude betrachtet; als der Tag, an dem in Berlin das ganze preussische Volk sich selbst mündig und die Vormundschaft jenes väterlichen Absolutismus, der nur Aristokratie und Bureaucratie als die rechten Kinder, das ganze übrige Volk aber als Stiefkinder behandelte, für beendet erklärte.

Das Volk hatte große und gerechte Beschwerden zu erheben; es hatte viele Klagen zu führen, es hatte viel zu dulden und zu leiden gehabt.

Darum glaubten diejenigen, welche die Träger des aristokratisch-bürokratischen Systems gewesen, das Volk werde, sobald es sich des Drucks entledigt, der bis dahin jede freie Regierung niederhielt, sein erstes Geschäft sein lassen, Verantwortung zu fordern, die Bestrafung seiner Dränger zu verlangen; wo nicht, ohne ein Verfahren, ohne ein Urtheil abzuwarten, selbst die Strafe an ihnen vollziehen.

Sie hatten sich getäuscht. Sie, die bisherigen Gewalthaber, hatten das Volk als eine Sklavenhorde angesehen und glaubten darum, das freigewordene Volk werde handeln wie freigelassene Sklaven.

Aber das Volk war keine Sklavenhorde. Es war ein Volk freigeborner Männer, welche die Ausübung der ihnen so lange widerrechtlich vorenthaltenen Freiheitsrechte in Besitz nahen.

Das Volk überließ seine Dränger ihren Gewissensbissen; es ertheilte hochherzig, großmüthig Amnestie für das Vergangene; es dachte nur daran, Freiheit und Gleichberechtigung für die Zukunft fest zu begründen.

Und das Volk vertraute dem guten Willen der Regierung; es nahm an, daß die Regierung bis dahin die Stimme des Landes nicht gekannt, die Lage der Dinge verkannt habe; es glaubte, daß die Regierung den ernstlichen Willen habe, die Volkstimme zu hören, dem Volkswillen sein Recht zu Theil werden zu lassen, das Volkswohl nach allen Kräften zu fördern.

Zwei Jahre sind nun seitdem vergangen; zwei Jahre, welche dem Volke große Lehren gegeben, welche ihm die Ueberzeugung gebracht haben, daß es unrecht gethan habe, an den guten Willen der Regierung zu glauben, auf die ernstlich gemeinte, aufrichtige, eifrige und werththätige Unterstützung der Regierung zur Herbeiführung eines gerechten und freien staatlichen, eines gerechten und wahrhaft menschlichen Gesellschaftszustandes zu rechnen.

Das Volk kann es nicht bereuen, im März 1848 hochherzig und großmüthig gewesen zu sein; denn das ist es nicht aus Berechnung, nicht aus Rücksichten gewesen; das ist es gewesen, weil es großmüthig und edelbendend ist.

Aber hat die Reaktion niemals bedacht, welchen Einfluß es auf die Stimmung, auf die Gefühle des Volkes hat, wenn es seinen Edelmut so vergolten sieht, wenn ihm seine Großmuth mit Schwähungen, mit Verfolgungen, mit Bedrückungen, ärger als früher, wettgemacht wird?

Im März 1848 hat das Volk nichts gethan, als sein Recht und die Verwaltung seiner Angelegenheiten zu eigenen Händen genommen. Es glaubte und es durfte glau-

ben, daß die Regierung endlich ihre Pflicht erkannt habe und des guten Willens sei, künftig ihre Pflicht tren und gewissenhaft zu erfüllen.

Die Regierung hat in keinem Stücke ihre Pflicht erfüllt: sie hat getrachtet dem Volke sein Recht zu nehmen, wo es in den Besitz derselben getreten war; ihm die Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten noch gründlicher vorzuenthalten als bisher.

Die Regierung müßte beschämt die Augen niederschlagen, wenn sie bedenkt, wie sie an dem Volke gehandelt, wie sie das unverwundliche Vertrauen, das das freigewordene Volk ihr entgegenbrachte, mißachtet und mißbraucht hat.

Statt dessen stellt die Regierung sich an, als hätte das Volk kein ärgeres Verbrechen begangen können, als das was sein Recht in die Hand zu nehmen, um die Regierung zu ihrer Pflicht zurückzubringen; stellt sie sich an, als habe sie ein Strafgericht ergehen zu lassen über alle, welche dem Volke zu seinem Rechte haben helfen wollen.

Verfolgungen über Verfolgungen gegen die Männer des Volkes, ganz besonders gegen die, welche das Volk selbst zu seinen Vertretern wählte; welche seinen Willen ausprechen, welche die Regierung auf den Weg ihrer Pflichten hinführen und sie darauf erhalten sollten; Verfolgungen gegen die Männer, denen sich das Vertrauen des Volkes zuwandte, um so mehr, je mehr sie diesem Vertrauen entsprachen, je weniger sie sich von der allmählig wieder emporgekommenen Reaktion einschüchtern ließen, je aufopfernder und getreuer sie in stürmischer Zeit des Volkes Rechte vertraten.

Aber nicht mit den Häuptern und Führern begnügt sich die Verfolgungssucht; es sollen Exempel statuirt werden an allen und jeden, welche sich unterfangen haben, jemals einzutreten für das Recht des Volkes, jemals zu mahnen an die Pflicht der Regierung.

Nach dem 18. März 1848 ging ein frischer, belebender, erhebender Hauch der Einigkeit und der Verbrüderung durch das Land.

Keine Vorrechte, keine Standesunterschiede, keine Unterdrückung mehr — Jedem sein Recht — Freiheit für Alle — das war die Lösung im ganzen Lande.

Die Bevorrechteten schienen so durchbrungen von ihrer Pflicht, sich der Schuld zu entledigen, welche sie durch den fortgesetzten Genuß ihrer Privilegien und Bevorzugungen gegen die ungünstig gestellte Mehrheit auf sich geladen! Es ist zu viel Ungerechtigkeit geübt gegen unsere ärmeren Mitbrüder — so hieß es überall im März 1848.

Und die ungünstig gestellte Mehrheit, die Armen, die Kleinen, vertrauten den in der günstiger gestellten Minderheit, in den Reichen, den Großen und Gewaltigen rege gewordenen, so laut werdenden Gesinnungen.

Sie dachten an keine Gewalt; sie dachten nicht an Rache. Sie waren als Menschen anerkannt, als gleichberechtigt mit ihren Mitmenschen — das war so wenig, und es war ihnen genug.

Das allgemeine Wahlrecht genügt ihnen; sie betrachteten es als ein Pfand des guten Willens, der erlangten besseren Einsicht der günstiger gestellten Minderheit, der Reichen, der Großen und Gewaltigen; sie vertrauten, daß ihnen ihr Recht zu Theil werden solle in allen Stücken; daß ihre Interessen vertreten, gehört, beachtet werden würden.

Auch dies Vertrauen ist getäuscht worden. Es ist nichts geschehen für die ungünstig gestellte Mehrheit, für die Armen, für die Kleinen. Das allgemeine Wahlrecht sogar ist genommen; die Anerkennung sogar, daß die Menschen als Menschen gleichberechtigt seien, die Hoffnung sogar, daß allmählig bessere, menschlilere, gerechtere Zustände herbeigeführt werden könnten, ist zurückgezogen.

Und wem ist geholfen, wer hat Vortheil gehabt davon, daß die Saaten, welche im März 1848 so lustig emporgrünten unter der neu aufgegangenen Friedenssonne der Gleichberechtigung und Brüderlichkeit, niedergetreten sind von roher Gewaltthätigkeit; daß diejenigen die Gewalt wieder an sich geriffen haben, welche das Privilegium heilig sprechen und die Gleichberechtigung für Raub erklären; diejenigen, welche vor zwei Jahren zitterten, flohen, sich verbargen; welche dann anfangen, die Märzereignisse zu verläugnen; bald, als ihnen der Name schwoll, sie schmähten, und die jetzt täglich ihr kreuzige Kreuzigel rufen über das ganze Märzvolk; wer hat Vortheil davon, daß diese kleine Minderzahl mit ihren wenigen Gedanken, mit ihrer unbegabten Gier, mit ihrer ungefüllten Verfolgungssucht, daß diese christlich germanischen Fanatiker mit ihrer unchristlichen Unbulsamkeit, mit ihrem eigennütigen Glauben, mit ihrem unmenschlichen Rastengeiste von Neuem sich berufen glauben, die Geschichte unseres Vaterlandes zu leiten?

Das Vaterland? — Das war nie schwächer, nie zerrissener, durchwühlter, innerlich aufgeregter, nie weniger geachtet und mächtig nach Außen.

Diejenigen, welche der christlich germanischen Umsturzpartei in verblendeter Befangenheit die Hand gereicht haben, um ihr emporzuhelfen von dem tiefen, verdienten Fall? — Auch diese Verblendeten sehen ein, daß sie mit ihren bedienstlichen Hülfleistungen nichts gethan haben, als ihr eigenes und das Verderben des ganzen Landes zu fördern.

Die Regierung? — Die Regierung muß erschrecken, wenn sie sieht, an welchen schauerlichen Abgrund sie sich von dem alten bösen Geist hat führen lassen; sie muß auf die Tage nach dem 18. März 1848, auf die Tage nach dieser ersten, jugendfrischen, hochherzigen, großmüthigen, einigen, anspruchsvollen, vertrauenden Volkserhebung hinblicken, wie auf ein Land der Verheißung.

Diese Tage kommen nicht wieder. Die Regierung hat es nicht verstanden, sich dem jugendlich vertrauenden Aufschwung des Volkseistes hinzugeben; sie hat jetzt den ganzen Ernst männlicher Entschlossenheit, männlichen Bewußtseins sich gegenüber; sie hat das tief eingewurzelte, volkstümliche Mißtrauen gegen sich.

Glaubt die Regierung, daß sie das alles niederhalten kann mit Polizei und Bureaucratie, niederschlagen gar in innerem oder äußerem Kriege?

Wir meinen, die Regierung hätte erkannt, daß das Volk willenskräftig ist, daß sein Wille fest ist wie Stahl, daß die Regierung, wenn sie darauf drückt, ihn biegen kann, daß aber der Punkt eintritt, wo der nicht gebeugte, nur gebogene Stahl des Volkswillens seine Widerstandskraft geltend macht und dann den Druck, der ihn bog, zurückschleudert in das leere Nichts.

Zwei Jahre sind verflossen seit dem 18. März 1848. Die Märzverheißungen sind unerfüllt geblieben — die Märzbezeugung dauert noch fort.

Berlin, 17. März.

Wir haben uns abermals getäuscht in der Regierung — als ob uns gesagt werden sollte, wir hätten noch zu viel Vertrauen zu ihr, wir überschätzten sie noch. Der Polizei-Präsident wird den Zutritt zum Friedrichshain am 18. d. M. und nöthigenfalls auch in den nächstfolgenden Tagen Niemanden gestatten. Es überrascht uns nicht, daß selbst das Andenken an Verstorbene unter polizeiliche Aufsicht gestellt ist. Die polizeiliche Aufsicht, d. h. die Furcht, welche vor jedem Schatten erschrickt, weil sie selbst gegen den Schatten nichts vermag, ist das Wesen der jetzigen Regierung. Wir hielten sie nicht für so furchtsam. Wohl glauben wir, sie möchte das Andenken an diese Todten austöscheln — wohl wissen wir, sie fürchtet diese Todten — aber wir hielten die Regierung nicht für so furchtsam, sogar diese Furcht öffentlich vor Europa einzugehen. Diese Todten wurden vor zwei Jahren mit einer Feierlichkeit zu ihrer Ruhstätte im Friedrichshain geführt, wie in Berlin deren Gleichen nicht dagewesen ist. Wir hätten den Tag ihres Andenkens diesmal nicht feiern können; wir gedachten auch nicht ihn zu feiern. Wir gedachten nur die Grabstätte der Gefallenen zu besuchen, zu der wir am Jahrestage des Kampfes uns hingezogen fühlten. Die Regierung bereitet nun den Todten eine Feier, eine Huldigung. Nehmen wir die Huldigung der Furcht an, welche die Regierung der Furcht dem Andenken der Gefallenen darbringt. Verstärken wir den Eindruck dieser Huldigung, dieses Eingeständnisses der Furcht der Regierung durch unsere Haltung. Niemand aus der Volkspartei dachte daran, am 18. März Ruhestörungen zu veranlassen; Alle waren einmüthig entschlossen, selbst Provokationen von anderer Seite her unbeachtet zu lassen, mit abweisender stiller Berachtung zu strafen. Nun muß es ruhiger als je sein am 18. März. Die Huldigung, welche die Furcht der Regierung dem Andenken der Todten darbringt, wird in tiefster Ruhe vor sich gehen. Es liegt in dem Charakter der Furcht, daß sie geneigt ist, sich furchtsam zu machen. Fehlt ihr die Gelegenheit dazu, so wird die Furcht nur um so furchtsamer, nur um so schwächer. Sie darf keine Gelegenheit erhalten, furchtsam zu werden.

Wir schließen hieran folgende uns so eben mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zugegangene Aufforderung:

An die Volkspartei.

Die Volkspartei will keine Ruhestörungen, am wenigsten an dem Tage, der dem Andenken des großen Kampfes am 18. März gewidmet ist. Nicht die Volkspartei war es, welche am 18. März v. J. Ruhestörungen veranlaßt hat. Die unnöthigen, provozirenden Maßregeln der Behörden gaben allein dazu Anlaß. Wir hätten erwartet, daß die Regierung sich diesmal ähnlicher Maßregeln enthalten würde. Statt dessen will der Polizei-Präsident den Besuch des Friedrichshains am 18. und an den nächstfolgenden Tagen Niemanden gestatten. Wir lassen dahingestellt, was der Grund und was der Zweck dieses Verbotes ist. Dasselbe ist ganz dazu geeignet, Konflikte hervorzurufen. Die Volkspartei will sich — das hat sie oft genug bewiesen — auf keinen Konflikt einlassen. Wir fordern alle Mitglieder der Volkspartei auf, von dem Friedrichshain fern zu bleiben, so lange er unter dem Bann des polizeilichen Verbots steht. Die Volkspartei hat am 18. März 1848 bewiesen, daß sie den Kampf nicht scheuet, wenn es an der Zeit ist, zu kämpfen. In diesem Augenblick liegt es im Interesse der Freiheit, keiner Provokation Gehör zu geben. Darum bleiben wir fern vom Friedrichshain. Die tiefste Ruhe ehre das Andenken der Todten. Das Schweigen des Volkes sei auch hier eine Lehre für die Regierung. Berlin, den 17. März 1850. Berends. Paalzow. E. Meyen. Dr. J. Walbed.

Deutschland.

Cöbln. Am Montag, 11. März, stand vor den Schranken der Rechtsanwält Platow aus Colberg, angeklagt der Anreizung zum Ungehorsam gegen Anordnungen der Regierung. In dem von Platow redigirten Colberger Volksblatt hatte nämlich ein Artikel gestanden, der mit leidenschaftlicher Schärfe über das militärische Einschreiten Preußens in Dresden und Baden rasierte, ursprünglich von dem bekannten Annette herrührend, von einem gewissen (jetzt in Amerika befindlichen) Brüd bearbeitet und dem Volksblatt zum Abdruck übergeben worden sein soll und zwar ohne Wissen und zur nachträglichen Mißbilligung Platow's, wie die Zeugen bekundeten. — Platow vertheidigte sich selbst; bei einer Stelle, wo er die preussische Justiz mit einem Adler verglich, dem die Flügel durch das Disciplinargesetz geknickt seien, wurde er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen und vernahm, keine Gelegenheit zu einer neuen Anklage zu geben. Nach sechsstündigen Verhandlungen sprachen die Geschwornen das Schuldig über den Angeklagten aus, der Gerichtshof aber sprach ihn frei.

Stolz. Am 11. März haben hier die Schwurgerichtshöfe begonnen. Der in London befindliche Kreischirurgus Bauer wurde durch den Gerichtshof von der Anschulding der Majestätsbeleidigung und des Aufzuchtversuchs freigesprochen, dagegen wegen Beleidigung des hiesigen Magistrats und des Bürgermeisters Ronge in Beziehung auf sein Amt zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Königsberg, 13. März. Das gegenwärtige Wahl-dilemma, welches nicht bloß ein Zerwürfniß unserer demokratischen Partei in sich, sondern auch einen Bruch mit der großen und einigen Volkspartei unseres Vaterlandes herbeizuführen droht, ist glücklich beseitigt. Die Wahlstätte bleibt wieder ganz allein den Männern von Gotha und den Preußenvereinigern überlassen. Der Kampf um den Schatten eines Volksvertreters zum Hause der Lords wird dennoch voraussichtlich eben so hitzig werden wie einst der berühmte Kampf in Abdera. Denn in den Augen der Schwarz-Weißen erscheinen die pfiffigen Herren von Gotha blutroth; selbst Simson gilt ihnen als ein Catinina.

Unsre Fraktion Kosch, wie wir die zahlreich besuchte städtische Ressource parlamentarisch bezeichnen dürfen, hatte sich allerdings in der vorletzten Montagessitzung einstimmig für das Wählen ausgesprochen, indes zugleich erklärt, daß sie der Majorität der Partei sich unterwerfen werde, falls diese durch ihre stimmführenden Organe sich gegen die Wahl erklären sollte. Die Ansichten der später hier angekommenen berliner und stettiner demokratischen Zeitungen, besonders aber die Leitartikel der Nationalzeitung gaben den bestimmten Ausschlag für die Nichtwahl. Die über diesen Gegenstand am vorgestrigen Abende in der städtischen Ressource stattgehabte Debatte war indes sehr heftig, da mehrere Redner entschieden der Wahl das Wort redeten und sogar zu einer Transaktion mit den „Monarchisch-Konstitutionellen“, wie sich hier die Gothaer benennen, aufforderten. — Doch, wie gesagt, die Majorität blieb bei ihrem Beschlusse, unter diesen Umständen sich der Wahl zu enthalten. Zum ersten Male hatten sich an dem erwähnten Abende zwei

Abgeordnete der Polizei im Ressourcenlokale eingefunden. Indes galt dieser Besuch keinesweges der Ressource selbst, sondern einer durch die Hartung'sche Zeitung angekündigten Versammlung von Vertrauensmännern, welche sich der in der Ressource beschlossenen wöchentlichen Kupfergroßensammlung zur Bildung eines Fonds für verfolgte Volksmänner unterzogen hatten. Die Polizei-Behörde war dabei formell in ihrem Rechte, da ihr nicht zuvor, wie das Gesetz es fordert, eine Anzeige darüber gemacht worden war. — Uebrigens hat diese Kupfergroßensammlung einen gedeihlichen Fortgang. Die bisherigen Ergebnisse lassen es nicht zu sanguinisch erscheinen, wenn man die hier auf diese Weise zu erwartenden Beiträge auf circa 2000 Thlr. jährlich veranschlagt. Es gereicht mir zur besonderen Freude bei dieser Gelegenheit bemerken zu können, daß gerade die von armen Handwerkern bewohnten Stadtbezirke sich am bereitwilligsten mit ihren Beiträgen betheiligten haben. — Zu wünschen wäre es, daß überall die Volkspartei ähnliche Einrichtungen trafe.

Allgemein circulirt hier das Gerücht, daß Graf Eulenburg von der schleswigholsteinischen Landesverwaltung abberufen worden wäre, und nächstens seinen Posten als Vicepräsident bei der hiesigen Regierung wieder einnehmen werde.

Breslau, 15. März. Nach einer Mittheilung im Programm des Elisabeth-Gymnasiums fordert das Provinzial-Schul-Kollegium die Direktoren auf, „demokratischen und solchen Zeitblättern, welche der Regierung feindlich entgegenzutreten suchen, keine amtlichen Bekanntmachungen zur Aufnahme zuzuwenden.“ Jetzt muß die demokratische Presse untergehen! Man denke sich: jährlich zwei Mal zeigen die Direktoren amtlich an, wann die Aufnahme neuer Schüler stattfindet; eine solche Anzeige kostet allerwenigstens zehn — Silbergroßen; so verliert mithin durch diesen Befehl des Provinzial-Schul-Kollegiums eine demokratische Zeitung jährlich zwanzig Silbergroßen! — Dasselbe Programm berührt auch noch einen Ministerialerlaß vom 26. Juli, betreffend das Disciplinar-Verfahren gegen Lehrer, welche die Pflicht der Treue verletzen; es fordert die Direction auf, unter Angabe der Gründe diejenigen Lehrer des Gymnasiums namhaft zu machen, auf welche §. 20. des Disciplinargesetzes „etwa Anwendung finden dürfte.“ Die Konduitenlisten sind ja aber abgeschafft? — Ja wohl, aber — es leben die Konduitenlisten!

C. B. Erfurt, 15. März. Bis heute ist hier erst eine äußerst geringe Zahl von Abgeordneten eingetroffen. Die Mitglieder des Verwaltungsraths dagegen sind sämtlich angelangt, und die Eröffnung der Sitzungen im Regierungsgebäude wird erwartet. Der Ausbau der Augustinerkirche wird mit großem Aufwande von Kräften und Kosten fortgeführt, und es ist nicht zu zweifeln, daß das Werk zu rechter Zeit beendet sein wird. Die Ausstattung soll eine sehr glänzende sein; der Zutritt ist Jedermann streng verweigert. Die Besetzung der Festung wurde bis jetzt nur unerheblich vermehrt und beträgt wenig über 4000 Mann. Dagegen heißt es, daß im weiteren Umkreise militärische Streitkräfte zusammengezogen werden.

Minster, 14. März. Aus zuverlässiger Quelle können wir die Nachricht mittheilen, daß die November-Kongress-Verhandlungen im 1. N. noch nicht vorrücken. Diese Verzögerung ist wirklich unverzeihlich, wenn man bedenkt, daß noch so viele Beamte wegen der Betheiligung an jenem Kongresse suspendirt sind und mit Schmerzen auf ihre Freisprechung — die kein vernünftiger Mensch bezweifelt, warten. (Volks.)

Cöln, 15. März. Es giebt hier in Cöln ein Sprichwort, das heißt: „Wenn Dieb und Spießbüß sich scheiden, so hört der Bestohlene, wo seine Ruh hingekommen ist.“ Der Herzog von Augustenburg war einer der thätigsten schleswigholsteinischen Patrioten, was nicht weniger als gleichbedeutend ist mit einem deutschen Patrioten in Schleswigholstein. Doch wollen wir nicht gerade hier diesen Unterschied herausheben, genug, daß der edle Herzog sich zum Mittelpunkt der schleswigholsteinischen Bewegung, so weit sie gegen die dänischen Inkorporations-Bestrebungen, die die Erbhoffnungen der Augustenburger gefährdeten, gerichtet war, zu machen wußte. Das haben ihm denn natürlich die dänischen Diplomaten sehr übel genommen. Die Wegnahme eines Theiles der Archive des Herzogs von Augustenburg während des Krieges lieferte den Dänen die Fäden des ganzen Betriebes der herzoglichen Agitation in die Hände, zugleich aber auch die innersten Herzergelungen der Augustenburger über Freund und Feind. Die dänische Regierung hat diesen Fund theilweise veröffentlicht und ein Herr Wegner sich zum verantwortlichen Herausgeber desselben gemacht. In diesem Schriftchen sehen wir denn, daß die hohen Herren herzoglichen Blutes ohne Umstände den König von Dänemark betrogen; den König von Preußen zu lenken suchten, und sich nebenbei in nichts weniger als sehr respektvoller Weise über ihn äußerten, erklärten, daß der Prinz von Preußen viel mehr bedeute als Se. Majestät; und endlich, daß sie die demokratische und deutsch-patriotische Partei von Oben herab wie Lumpengefindel betrachteten. Die Absicht der dänischen Regierung bei Veröffentlichung der herzoglich-augustenburger Korrespondenz liegt auf der Hand und wurde auch sicher theilweise erreicht. — Um diesen Hieb zu pariren oder wenigstens zu erwiedern, scheint nun der Herzog von Augustenburg den Herren Professoren Droysen und Sanver ebenfalls seine Archive geöffnet zu haben, wenigstens deutet darauf die Ankündigung eines Schriftchens, die altentworfene Darstellung der dänischen Politik seit dem Jahre 1808, das so eben die beiden Kieler Professoren herausgegeben haben, offenbar hin. Wir haben dasselbe noch nicht zu Gesicht bekommen, aber wir glauben es bereits auf diese Ankündigung hin empfehlen zu können. Die Dänen haben uns gezeigt, wie die Augustenburger in reinem Familieninteresse die Könige und die Völker auszubeuten suchten; die Augustenburger werden uns belehren, wie die dänische Königfamilie in rein dynastischem Interesse das Volk in Schleswigholstein mißhandelte, Deutschland in Schande und Schmach brachte, und die deutschen Fürsten und Diplomaten am Narrenfelle herumführte. Das deutsche Volk und auch das Volk in Schleswigholstein wird daraus Etwas lernen können, einen Gesamtschluß ziehen, und einfach sagen: „Die Einen sind nicht besser als die Andern.“ Gewiß, Schleswigholstein wird nur dann seine Feinde besiegen, und sein Recht über alle Angriffe gestellt sehen, wenn es in Deutschland vereint eine deutsch-nationale und volksthümliche Politik, wenn es Ein Deutschland giebt.

Aus Kurhessen, d. 14. März. Seit Hassenpflug kurhessischer Ministerpräsident geworden, hat unser kleines Land ein Interesse erlangt, welches über seine Grenzen nicht nur, sondern auch über sein natürliches Gewicht im deutschen Staatenkörper weit hinausreicht. Durch Hassenpflug ist die kurhessische Regierung zu einem Vorposten der Reaktion geworden. Wir halten diesen für einen verlorenen, weil die Grundfälle wie die hervorragenden Personen des neuen Systems die Wurzeln ihrer Kraft

nicht im Innern unseres Landes, sondern lediglich außerhalb desselben haben. Zwar sind wir von Anfang an anderer Ansicht gewesen, als unsere Constitutionellen, die da meinten, ein Ministerium Hassenpflug sei unmöglich, weil ihm in Kurhessen der Boden fehle. In unsern Tagen ist die Selbstständigkeit der Staaten dritten Ranges nichts als Schein, eine wahrhaft konstitutionelle Regierung ein leerer Name. Das Beispiel Braunschweigs beweist, daß man nach 1830 den kleinsten deutschen Ländern noch mehr Unabhängigkeit ließ, als nach 1848 den Königreichen. Faktisch ist die Mediatisirung da. Die Scheinselbstständigkeit der Kleinen fristet ihr Leben nur noch an dem Schwanken zwischen Oesterreich und Preußen. So werden wir auch das Ministerium Hassenpflug nicht eher los werden, als bis der Regierungswind der deutschen Großmächte umseht. Selbst ein Personenwechsel würde ohne diese Voraussetzung kein Systemwechsel sein, und auch die Personen stehen aus den oben angegedeuteten Gründen in den kleinen Staaten fester als sonst. Und dennoch wird Hr. Hassenpflug keine eigentlichen Siege feiern, dennoch wird seine Mission eine vergebliche sein. Er wird sich nur halten, so lange er von außen gehalten wird. Seine Stellung zum Lande wird die eines Geduldeten, wenn auch die eines geduldeten Tyrannen sein. Ein politischer Windstoss und das mühsam errichtete Gebäude liegt am Boden. Ein einziger Penibelschlag der Zeitbewegung nach der linken Seite hin in Wien oder Berlin, und das Ministerium Hassenpflug thut in Kurhessen einen Fall, von welchem keine Wiederauferstehung ist.

Se. Excellenz mag einstweilen die Beamtensche und die Gerichtshaben inspizieren, wie er in diesen Tagen begonnen, das wird dem Lande von Nutzen sein; er mag die charakterlosen, feilen Seelen unter den Beamten gewinnen und die Andern schrecken, er wird ihren Gehorsam, aber nicht ihr Herz, ihre Ueberzeugung für sich gewinnen; er mag die Läden der Kaufleute besuchen, er wird deshalb nicht populär werden; er mag große Bauten versprechen und veranlassen, damit kann er nur einen Theil der Residuenbürger, nicht das Land gewinnen; er mag sich endlich der Abzess freuen, welche die frommen, schleichenden Agitatoren gegenwärtig im Lande umhertragen, er wird die Häupter seiner Lieben in 5 Minuten überzählen können.

Im Augenblicke bedeutet diese Partei der „Stillen im Lande“ nicht viel. Sie vermag dem neuen Ministerpräsidenten einige Fährlein bethörten Landvolkes aus der Gegend von Ziegenhain und Homberg zuzuführen, geleitet von einer Schaar pietistischer Geistlichen. Die Städte aber, sowie die Bauerschaften in den ehemaligen Provinzen Marburg, Hanau, auch des größeren Theiles von Niederhessen und Fulda stehen auf einem Punkte des politischen Bewußtseins, auf welchem die Theorie des Staates von Gottes Gnaden keine Wurzel mehr zu fassen vermag, sollte auch der Morgenthau hyperorthodoxer Thränen den Boden zu erweichen suchen.

Aus der auf dem Adressenwege sich kund gebenden papiernen Volksmeinung ist in Beziehung auf die wirkliche Stimmung gar nichts zu schließen. Die eine Hälfte des Volkes hat die Adressen-wirtschaft überhaupt satt, die demokratische nämlich. Im vollständigen Bruche mit dem Ministerium Eberhardt, seit dieses die Grundlage der Frankfurter Verfassung verlassen, steht sie dem Kampfe der „neuhessischen“ (konstitutionellen) Partei mit den wieder auftretenden Vormärzlichen, welche in ihr abgetragenes schwarzes Banner ein blutrothes Kreuz zu sticken im Begriff sind, mit Ruhe, die und da selbst mit Hohnlachen zu. Für die Demokratie ist überhaupt die plötzliche Erscheinung des neuen Premier-Ministers ein Triumph für ihre Vorherhersagen, ein neuer Beleg für die Rechtmäßigkeit ihrer Bestrebungen, eine Folie zu künstlichem Ruhme. Aber auch bei den Konstitutionellen will die Unterzeichnung des Mißtrauensvotums für unsern Ministerchef keinen glänzenden Fortgang nehmen. Natürlich, die tausenden Leihhämmer, welche den Schafspelz um die Schultern, die folglose Heerde sonst wohl leiteten, haben sich vor ihrem Herrn und Meister zurückgezogen. Viele Beamte, sonst gut liberal und auch gut konstitutionell gesinnt, finden es leichter, gefügige Werkzeuge zu sein, als politischen Charakter zu zeigen; und mancher Bürger hütet sich wohl, mit dem Staate, der ein guter Kunde und ein prompter Bezahler ist, und seinen neuen Gewaltigen sich nicht gut Freund zu schreiben. So hat der heimgekehrte Landsmann viele Halben und Schwachen schon am Faden des Eigenhufes, und die scharfe Trennung der politischen Parteien macht ihm den Anfang nicht allzuschwer. Morgen wird sich der Kampf der Ständekammer gegen ihn zur Entscheidung drängen. Gebe Gott, daß die Abgeordneten des Volkes Einheit und Kraft zeigen, um wenigstens — mit Ehren nach Hause zu gehen.

Kassel, 15. März. In der heutigen Sitzung der Stände-Versammlung stellte Abgeordneter Hahndorf den Antrag, die Regierung um Auskunft zu ersuchen, über die gegen den Minister Hassenpflug in Greifswalde schwelende Untersuchung. Von Schmalkalden, Rauschenberg und Kassel waren Zustimmungs-Adressen zu dem Mißtrauens-Votum eingegangen. Abgeordneter Henkel beantragte, das Mißtrauens-Votum gegen das Ministerium nunmehr an den Regenten selbst gelangen zu lassen, welcher Antrag in Erwägung gezogen und dem Verfassungs-Ausschuß überwiesen wurde. — Hierauf berichtete der Abg. Hildebrand über die Vorlage des Finanzministeriums, wodurch die Ständeverammlung „um ihre Zustimmung ersucht wird, daß vorerst der Betrag von 644,000 Thlr. aus den eingehenden Laubential-, Kauf- und Ablösungs-Kapitalien zur Dedung der außerordentlichen Ausgaben der Kriegelasse und zur Ausgleichung der Einnahmen und Ausgaben der Staatelasse während des ersten Semesters d. J., vorbehaltlich künftigen Wiedererlasses, verwendet werde.“ Der Verfassungsausschuß beantragt die Ablehnung des Antragens aus dem „wahrhaft entscheidenden Grunde“, weil das Ministerium kein Vertrauen besitze und verdiene. — Abg. Bayrhammer stellt den Antrag: „In Erwägung, daß die Ständeverammlung wiederholt ihr Mißtrauen gegen das neue Ministerium ausgesprochen, und demgemäß dasselbe auf Grund der landesherrlichen Verkündigung vom 11. März 1848 für unzulässig erklärt hat; in Betracht, daß nunmehr ein Eingehen auf irgend welche Vorlagen eine thatsächliche Verzichtleistung auf die Erfüllung jedes landesherrlichen Verprechens hinsichtlich des neuen Ministeriums sein würde; beschließt die Ständeverammlung, auf die Vorlage nicht einzugehen.“ — Die Inbetrachtnahme des Antrages wurde mit 24 gegen 21 Stimmen abgelehnt; der Ausschussantrag wurde einstimmig angenommen. Um 2 Uhr erschienen dann die Minister und verkündigten die Vertagung der Ständeverammlung!

Karlruhe, 13. März. Laut Bekanntmachung des Kriegsministeriums sollen diejenigen Unterofficiere und Soldaten, welche wegen ihrer Betheiligung an der Revolution bisher nicht in Untersuchung gezogen worden, wenn sie inzwischen durch Handlungen und Reden ihre fortwährende Anhänglichkeit an die Sache des Umsturzes bekündigt haben, auch wegen jener Betheiligung kriegsgerichtlich untersucht und abgerichtet werden.

Stuttgart, 15. März. Das neueste Regierungs-Blatt

enthält eine Königl. Verordnung vom 13. März, wonach der König im Hinblick auf die durch Zettereignisse bedrängte Lage der Staatsfinanzen und stets bestrebt, die Lasten der Staatskasse nach Thunlichkeit zu erleichtern, aus Gnaden sich bewegen lassen hat, die bisher auf dem Hauptfinanzetat laufenden Ausgaben für das Geheimen-Rabinet und des damit verbundenen besonderen Dispositionsfonds vom 1. Juli 1850 an denjenigen Ausgaben beizufügen zu lassen, welche nach §. 5 des Gesetzes vom 20. Juni 1820 von der Civilliste zu bestreiten sind. — Ferner: Eine Bekanntmachung, betreffend die Ausdehnung der ermäßigten Postportotaxe bei Versendung von Drucksachen unter Kreuzband auch auf Korrekturbogen der Schriftsteller und Buchdrucker, wenn solche außer den schriftlichen Abänderungen, welche die Korrektur selbst enthalten oder betreffen, und welche überhaupt den richtigen Abdruck des Manuskripts zum Zwecke haben, nichts anderes Geschriebenes enthalten. Endlich: Eine Verfügung des Finanzministeriums vom 4. März, betreffend Nachträge zu den Vollziehungsvorschriften über das Jagdgesetz.

München, 13. März. Die selig frohlockenden Mienen hätten Sie sehen sollen, welche am Anfange der verfloffenen Woche die Gesichter der bairischen Hofleute und der Ministerfreunde verklärten! Seit dem Durchfall der Judenemanzipation und dem majestätischen Stirnrunzeln hatten sich Hoffnungen, Reichsräte und alte Bürokraten von Herrn von der Pfordten schon zurückgezogen wie die Ratten vom ledernen Schiff. Jetzt war er plötzlich wieder der gefeierte Mann des Tages, der ächte und rechte Kämpfer der Wittelsbacher Souveränität, weit verdienstvoller als der mazedonische Alexander; denn er löste den gordischen Knoten der deutschen Verfassungsfrage und ersparte der Faust preussischer Hufaren und dem Pallast der Wallmoden-Kürassiere das derbe Geschäft des Zerhauens. „Die Sache ist abgethan — hörte man die hobettelten Gäste des Wachsigurenklubs im Triumphton sagen — Baiern nimmt in der deutschen Bundesgewalt wieder die Stellung ein, welche ihm von Gott und Rechtswegen gebührt. Oesterreichs Zustimmung zu dem bairischen Entwurf ist außer Zweifel. Preußen muß gleichfalls beitreten oder wird bald sehen, wie seine großherzoglichen und kurfürstlichen Vasallen einer nach dem andern in unser Lager übergeben. Der bairischen Regierung die Ehre, daß sie das grandiose Werk zu Stande gebracht, der österreichischen Regierung das Verdienst, daß sie das ungeheure Opfer gebracht, das edle slovakische Blut mit in die großdeutsche Familie aufzunehmen, und uns Kroaten, Serben, Albaner und Russen als Adoptivbrüder in die Arme zu führen!“ In der „Allgemeinen Zeitung“, welche in jüngster Zeit etwas kleinlaut geworden und ihre dimärischen Hoffnungen merklich herabgestimmt hatte, machten die großdeutschen Warden den Mund wieder gehörig weit auf und unter den verschiedensten Korrespondenzzeichen ward der gelungene Fuß des in der Münchener Dieberei mühsam zusammengeschweißten Oesterreichs Regierung begrüßt, gepriesen und besungen. Nur eine kleine Zahl von Zweiflern blieb in dem großen Haufen vorlauter Triumphatoren mit bedenkliger Miene, und da sie bei Herrn von der Pfordten weder den Stein der Weisen vermuthete, noch die „Allgemeine Zeitung“ für eine Prophetin hielt, so erwartete sie mit Spannung den Tag, wo die Lippen von dem Wunderbau gezogen und die neue von Münchener Diplomatenhänden modellierte Form des Vaterlandes den kritischen Augen des großen deutschen Volkes bloßgestellt werde. Ein Tag nach dem andern ist seitdem vergangen und die versprochenen Enthüllungen sind uns nicht geworden. Wohl aber brachten uns die Organe der Gothaer Partei endlich den Text des Pfordtenschen Entwurfs und der Eindruck desselben scheint selbst auf die Anhänger des Ministers ein ziemlich peinlicher. Inzwischen machte seit vergangenerm Freitag, wo die Zustimmung der württembergischen Regierung eintraf, der elektrische Telegraph zahllose Punkte und Striche und verrieth ein langes Zwiegespräch zwischen Herrn von der Pfordten und dem Fürsten Schwarzenberg. Der österreichische Minister mag wieder einmal böhmisch gesprochen haben, denn diese Konversation machte Herrn von der Pfordten schweigen und im Königsbau schritt man darüber verblüffte Gesichter. Im Moment der Entscheidung wieder die alte Perfidie, dieselbe zweideutige Sprache wie früher! Es ist kein Geheimniß mehr, daß der österreichische Slowake wieder den Spröden spielt und er, der Aufbringliche, in dem Gefontrakte sich ganz aparte Vorrechte anmaßen will. Zucht und Treue der Germanen unter verhärteter Einnahmenwache wünscht man durch den neuen Vertrag streng gewahrt, dem Slowaken aber will man ein Hinterpörtchen öffnen, durch welches er dem Kommando der Frankfurter Gouvernante entschlüpfen und seine eigenen Wege wandeln kann. Doch geschehenfalls der Familienvertrag läme mit völliger Gleichheit der Rechte und Verpflichtungen zu Stande — was gewinnt die deutsche Eiche durch die fremden bornigen Sprößlinge, die man ihrem edlen Stamm aufspießen möchte? Wird sich's unter ihrem Schatten einiger und reulicher leben und wohnen, wenn betrunkene ruthenische Bauern, Rumänen und Kazen dort mit uns ihr Lager betten? Glaubte man das künftige deutsche Volkshaus verträglich und zahmer zu machen, indem man den haberdernen deutschen Stämmen noch zehn fremde Nationalitäten auf den Leib wälzt? Und sollen wir uns verpflichten, die Reserve der österreichischen Polizeiwache in Ungarn zu bilden, ihr zur Eintreibung der neuen Steuern beizustehen zu sein und an der Rußen Stelle die Magyaren, Polen und Geller niederzuboren, so oft im fernen Karpthenland jene widerspenstigen kriegerischen Nationalitäten sich gegen das Wiener Schreiberregiment mit Erfolg aufbäumen? Dies und nichts Anderes ist doch am Ende der Sinn des Eintritts von Oesterreich sammt slowakischem Gesolge unter der Wölbung des deutschen Neubaus! Ohne den deutschen Bund als Reserve seiner eigenen Macht, um damit Donauvölker und Italiener im Geborsam zu halten, hat Oesterreich keine andere Wahl, als entweder durch Beibehaltung einer ungeheuren Armee seine Finanzen gänzlich zu erschöpfen, die Hüfsquellen seiner Länder bis auf das innerste Lebensmark auszufaugen, oder abermals einem drohenden Schiffbruch des Kaiserstaates durch innere Revolutionen entgegen zu gehen. Was auch die bairischen Großdeutschen über Donaukolonien und deutsche Eroberungen im Orient fasseln mögen, und wäre der dide fremdartige Oesterreichische Reichsleib“ in der neuen Verfassung nur eine Verlegenheit, eine unerträgliche Last, gegen welche selbst der greise Arndt erst kürzlich mit Jünglingsfeuer protestirte. Deutsch-Oesterreich sei uns immer willkommen und wird früher oder später dem deutschen Reich zufallen. Wie sie mit ihren Slaven fertig werden, mögen sie in der Wiener Hofburg selbst versuchen!

Die „Neu-Münchener Zeitung“ meldet unter dem 13. März: Der Staatsminister v. d. Pfordten hat heute der Kammer der Abgeordneten die sämtlichen Aktenstücke vorgelegt, welche auf die am 27. Februar hier abgeschlossene Uebereinkunft zwischen Baiern, Sachsen und Württemberg in der deutschen Frage Bezug

haben. Sie theilt heut vorläufig die Kollektivnote mit, mit welcher die Gesandten der drei Königreiche zu Wien und Berlin gemeinsam diese Uebereinkunft den dortigen Kabinetten nach von dort eingelaufenen telegraphischen Botschaften (aus Berlin über Wien) eben heute daselbst übergeben haben“ und fügt hinzu: „Wir können nur noch nach einer uns heute Mittag 1 Uhr zugekommenen telegraphischen Depesche aus Wien die erfreuliche Meldung beifügen, daß eben auch heute die zustimmende Antwort des kaiserlichen Kabinetts im Ministerrathe zu Wien schon festgestellt war, und auch die Sanktion Sr. Maj. des Kaisers bereits erhalten hatte, so daß ihr Eintreffen in den nächsten Tagen schon mit Sicherheit zu erwarten ist. Sonach ist das vollkommene Einverständnis zwischen Oesterreich und den drei Königreichen über die gemeinsamen Vorschläge zu der künftigen Verfassung für ganz Deutschland eine gewiß höchst erfreuliche (?) vollendete Thatsache.“

In der oben erwähnten Kollektiv-Note sagen die 3 verbündeten königlichen Regierungen von ihrer Uebereinkunft, daß sie „ruht auf der Ueberzeugung, daß die Zukunft der deutschen Nation nur durch eine Verfassung gesichert werden kann, welche den möglichst innigen Verband zwischen Oesterreich und dem übrigen Deutschland erhält, die beiden größten deutschen Staaten in gleich würdiger und einflußreicher Stellung umfaßt, und ohne Vernichtung der übrigen Staaten solche Bundesorgane einsetzt, in welchen eine wirksame Thätigkeit der Regierungsgewalt mit der freien Entwicklung des Volksgesetzes durch eine Nationalvertretung sich zum Wohle des Ganzen verbinden können.“ — und sie „glauben insbesondere, daß die in dem Vorschlage sowohl für Oesterreich, als Preußen gebotene Möglichkeit des Beitritts mit der Gesamtmonarchie geeignet ist, die Hauptschwierigkeiten zu beseitigen, welche bisher der Verständigung zwischen diesen beiden Staaten über die Bundesverfassung entgegenstanden, und laden daher in dieser Voraussetzung die beiden Großmächte zu diesem Beitritt ihrerseits im Hinblick auf Art. VI. der Wiener Schlussakte vom 15. Mai 1820 förmlich ein.“

München, 14. März. Die Gerichtsverhandlung gegen die Mörder des Professors Schwarz wurde heute Nachts 10 Uhr, so eben, zu Ende gebracht, unter nicht vermindertem Zubrang des Publikums. Nachdem das Plaidoyer den ganzen Tag in Anspruch genommen, erfolgte vor einer Stunde der Wahrspruch der Geschworenen durch ihren Obmann gegen Joseph Stöpfer: „Ja, der Angeklagte ist schuldig, den qualifizirten Mord an dem Kanonikus Schwarz, zwar ohne Vorbedacht, aber mit Ueberlegung ausgeführt zu haben.“ gegen Ludwig Dantinger: „Ja, der Angeklagte ist schuldig, verabredetermaßen solche Hilfe dabei geleistet zu haben, ohne deren Anwendung die Ermordung nicht möglich gewesen wäre.“ Beide Angeklagte wurden hiernach durch den Spruch des Gerichtshofs auf Antrag des Staats-Anwalts zum Tode verurtheilt. Stöpfer, stets berechnend, befiel sich auf die Frage des Präsidenten seine weitere Erklärung hierüber vor; aber Dantinger — und es war ein erschütterndes Moment in dem feierlich-stillen, hellerleuchten hohen Saale — ging von der Estrade herab gegen die Geschworenen, und indem die Knie ihm brachen, sprach er zu Boden gesunken, mit kleinlauter Stimme gegen sie hin: „Ja, mir ist recht geschehen, ich bin der Mörder, und bitte nur um rasche Vollziehung, um keine Gnade.“ — Erlassen Sie mir für heute jede weitere Betrachtung, die sich an diesen Moment knüpft. Ich will nur für jetzt noch zur allgemeinen Verständigung beifügen, daß Ludwig Dantinger im Laufe der Verhandlung wie der Untersuchung nur ein auf Späße stehen beschränktes Geständniß der Mitwirkung bei der grausamen That, das mehr darauf zielte, die Wahrheit darüber zu verhallen, abgelegt hatte. (A. J.)

Weimar, 15. März. Abermals sind wir auf der Bahn unseres konstitutionellen Lebens um einen bedeutenden Schritt weiter gekommen; nämlich durch das eben publicirte Gesetz über die Neugekaltung der Staatsbehörden. Die Gemeindevorstände erhalten nach demselben viele Befugnisse aus der Sphäre der Polizeiverwaltung, der Rechtspflege und der Finanzverwaltung, z. B. die Handhabung der Ortspolizei, die nothwendigsten Verfügungen bei Verbrechen oder Vergehen auf römischer That; die Vornahme von Substationen, Entwerfung von Vertragsurkunden und die Erhebung aller direkten Steuern. — Ueber dem Gemeindevorstand steht der von der Regierung bestellte Bezirks-Direktor, der aber in diesen wichtigen Dingen an die Mitberathung und Zustimmung des von den Gemeinden gewählten Bezirksausschusses gebunden ist. Einzelrichter entscheiden nur in minder wichtigen Sachen und stehen dann über ihnen die kollegialisch besetzten Kreisgerichte, und weiter der Appellhof und das Oberappellationsgericht. — Zugleich werden für die alte freiwillige Gerichtsbarkeit Notare eingesetzt und den Anwälten gestattet, mit Genehmigung des Ministeriums zu einer Anwaltskammer zusammenzutreten. — Die Verwaltung ist streng von der Justiz getrennt, und außerdem die Patrimonialgerichte und der privilegierte Gerichtsstand aufgehoben.

Deffau, 16. März. Gestern hat der vereinigte Landtag das Schicksal der Verfassungsänderungen entschieden, d. h. er hat die Verfassung verstimmt. Die Tribunen waren überfüllt. Den ersten Antrag auf Beibehaltung des Schulgesetzes in den höhern Schulanstalten hatte die Kommission empfohlen, nur der Abg. Philippson (die Linke) beantragte Uebergang zur Tagesordnung. Bei der langen und lebhaften Debatte trug der Abg. Habicht II. durch seine erschöpfende und glänzende Rede (gegen den Antrag) den Preis davon. Der eigentliche Kampf begann aber erst, als die Frage entstand, ob über diesen und die folgenden Anträge mit einfacher oder Zweidrittel-Majorität abgestimmt werden solle. Das Erste wollte das Ministerium und die Rechte, weil diese Anträge bereits vor dem 15. Oktober v. J. eingebracht seien, das Zweite die Linke, weil niemals ein Landtag die Fortsetzung des frühern und weil namentlich der Antrag wegen des Schulgesetzes auf dem vorigen Landtage zurückgezogen worden sei. Unter großer Unruhe wurde in namentlicher Abstimmung die absolute Majorität für hinreichend erklärt. Als nun die Linke den Saal verließ, als der Minister v. Gopler dieses ihr Benehmen „höchst unedel“ fand, und der Abg. Degener deshalb den Ordnungsruf gegen denselben beantragte, wurde Lärm und Verwirrung so übermächtig, daß der Vicepräsident Nulandt die Sitzung auf eine Viertelstunde aufheben mußte. Nach dem Wiederbeginn derselben wurden die sämtlichen vorliegenden Aenderungsanträge ohne Debatte mit einfacher Majorität genehmigt. An die Stelle von §. 4. ist nun die Umschreibung getreten, daß die Regierungsform auf dem Prinzipie einer verfassungsmäßigen Theilung der Gewalten zwischen Fürst und Volk beruhe; §. 5. (Alle Gewalten gehen vom Volke aus) ist gestrichen; das Zustimmungsgesetz des Landtags zur Besetzung der Präsidentenstellen (§. 58.) ist aufgehoben; das suspensiv Beto ist für Verfassungsänderungen in das absolute verwandelt. Tief bedauern müssen wir, daß das linke Centrum sich bei dieser Gelegenheit nicht fest an die Linke angeschlossen hat. Wären die Abg. Kahlisch,

Wiegand, Junge und Platte nicht im Saale zurückgeblieben, so wäre die Versammlung beschlußfähig geworden. — Und welcher andere Weg bleibt zuletzt einer so schwer unterdrückten Minorität übrig? Hat doch die Rechte in der letzten Sonderlandtags-Sitzung noch dazu in einer untergeordneten Frage sich desselben „höchst unedel“ Mittels bedient und dabei eine nachahmenswerthe Parteidisziplin gezeigt! Die zurückgebliebenen Mitglieder der Linken haben wahrscheinlich gefürchtet, durch die Beschlußfähigkeit der Versammlung die Otkroytung hervorzurufen. Allein in unsern Augen unterscheidet sich das tyrannische Verfahren dieser halb erschlichenen, halb erzwingenen Majorität, die sich nicht einmal an die Geschäftsordnung bindet, nur wenig von der eigentlichen Otkroytung. In der letzten Sitzung unseres Sonderlandtags ist unter Andern die Staatsregierung ermächtigt worden, auch die zweite, bis jetzt reservirte halbe Million Staatsanleihscheine in Umlauf zu setzen. Man will etwaigen Beschränkungen der erfurter Versammlung in diesem Punkte ein seit accompli entgegensetzen können. (Magd. J.)

Hamburg, 16. März. Während in Lübeck erst übermorgen die Bürgerschaft über das Verbleiben im Bündnisse vom 26. Mai d. J. oder den Austritt aus demselben noch einmal befragt werden soll (es ist übrigens das Festhalten Lübecks am Bündnisse zu erwarten) und erst am 21. nach Ablehnung der früher Gewählte zum dritten Male daselbst gewählt werden soll, — und während heute die Bremer Bürgerschaft zum zweiten Male darüber beräth, ob sie an der Wahl eines Abgeordneten zum Erfurter Staatenhaufe überhaupt Theil nehmen soll und auch die Wahl für's Volkshaus in Bremen noch nicht vorgenommen ist, haben die hiesigen, in der ersten Hälfte dieses Monats aus künftigen Minoritätswahlen hervorgegangenen Wahlmänner heute die beiden Abgeordneten für's Volkshaus, in der Person des Dr. E. Schwärze und des Dr. Gabriel Kieffer erwählt. An Kieffer gewinnt Erfurt eine parlamentarische Notabilität ersten Ranges; Dr. Schwärze ist Sekretär des Senats: das ist Alles.

Den bis jetzt noch hier gebliebenen Ungarn hat die Polzei, wahrscheinlich auf österreichisches Andringen, das Leben so sauer gemacht, daß sie die Stadt verlassen und jetzt in der Nähe in ihrer bescheidenen Weise zu leben versuchen wollen. — Graf Esterhazy, der noch ein jährliches Einkommen von 12,000 fl. gewettet haben soll, unterstützt seine ärmeren Landsleute mit wahrhaft edler Munificenz. Heute früh hat er in der hiesigen katholischen Kirche ein feierliches Requiem für Ungarns gefallene Helden söhne veranstaltet.

In unserer Verfassungs-Angelegenheit — der 21. Ausschuss hat gestern wieder eine Beratung gehalten — dürfte die nächste Woche endlich eine Art Entscheidung bringen, nämlich die, ob überhaupt die konstituierende Versammlung sich entschließt, ihr eignes Kind zu verflümmeln.

Altona, 16. März. Die Einberufung der Schlesw.-holst. Landesversammlung nach Kiel zum 19. ist nun gestern erfolgt, und zwar diesmal nicht von ihrem Bureau, sondern von der Regierung selbst.

Oesterreichischer Kaiserstaat.

Berlin, 17. März. Die Wiener Briefe und Zeitungen vom 14. sind uns heute zugegangen; dagegen die vom 15. wieder ausgeblieben.

Wien, 14. März. Die „österreichische Reichs-Zeitung“ bringt heute, datirt vom 13. März, einen kurzen Leitartikel, in welchem sie der Wiener Volkserhebung von 1848 gedenkt. Mag sie immerhin dieses Zugeständniß an die öffentliche Meinung noch so sehr verhüllen, es läßt sich dennoch nicht verkennen, daß sie nur darum dem größten Ereigniß der österreichischen Geschichte einige Worte widmet, weil die Regierung die Volkseinnung als eine Macht sich gegenüber erblickt. Die Reaktion drängt in fast allen Theilen des europäischen Kontinents gewaltam rückwärts oder legt sich wenigstens hemmend den vorwärtigen Ideen einer volkethümlichen Bildung in den Weg; aber wie bedeutend muß die Lebenskraft dieser Ideen sein, wie tief müssen sie Wurzel gefaßt haben in den Herzen und Geistern der Regierten, wenn ein österreichisches Regierungs-Organ den Hahnentusch vernimmt, wenn ein österreichisches Regierungs-Organ von der Verleugnung der Revolution zurückkehrt und deren innere, sittliche Triebkraft anerkennt! Die „österreich. Reichszeitung“ sagt in ihrem Leitartikel: „Die revolutionäre Bewegung in Wien vor zwei Jahren um diese Zeit hatte das Eigenthümliche an sich, daß sie mitten im Wohlleben einer reichen und glücklichen Stadt, welche von den Schlägen, die entferntere Theile der Monarchie getroffen hatten, unberührt geblieben war, mit unauffälliger Kraft losbrach, um Güter zu erringen, welchen nur eine sittliche Anschauung hohen Werth beizumessen weiß.“ Daß sie die nachfolgenden Revolutionskämpfe als unbedeutend, als in ihrem Ziele verfehlt hinstellt und die Einheit, d. h. in ihrer Sprache: die bürokratische Centralisirung, als den Heiland proklamirt, welcher in die wirkliche Bahn des konstitutionellen Lebens führen werde, liegt im Wesen ihrer ministeriellen Politik und kann den Eindruck jenes Anerkenntnisses nicht schwächen, zu dem sie sich gewiß nur entschloß, weil die Völker Oesterreichs mehr oder minder ihrer Ziele sich bewußt geworden. Indessen wird die wirkliche Bahn des konstitutionellen Lebens doch erst mit der That, nicht allein mit der Phrase, betreten werden müssen, bevor die Völker mit freiem Entschlusse den Zwecken der Regierung sich fesseln.

Die provisorische Gerichtsverfassung für die Kronländer Kroatien und Slavonien wird nebst einem einleitenden Vortrage des Justizministers von der „Wiener Zeitung“ heute bekannt gemacht. Sie richtet drei Instanzen ein. Die erste Instanz bilden die Bezirksgerichte und die Landgerichte, welche in Strafsachen kollegialisch verfahren, die zweite Instanz bilden für verschiedene Zweige die Landesgerichte und die Banaltafel (das Oberlandesgericht zu Agram), die dritte Instanz endlich die Banaltafel und der oberste Gerichtshof zu Wien. In Civilsachen von geringem Werthbetrag (je nach der Verlichkeit 12—60 Gulden) hat der Gemeindevorstand die Befugniß, als Friedensrichter zu entscheiden, wenn beide Theile sich dem Auspruch freiwillig unterwerfen. — Die niederösterreichische Statthalterei hat den wiener Gewerbeverein aufgefordert, Programm-Entwürfe für Unterrichtsbücher in Volks- und Bürgerschulen vorzulegen.

Währen. In Troppau hat folgender Vorschlag große Aufregung hervorgebracht. Dr. Dietrich, Registrant Tiller und Dr. Herold wurden am 6. d. als Urheber der nach beständigem Ausdrücke sogenannten schlesischen Landsturmgeschichte vom Oktober 1848 des Verbrechens des Hochverraths bezüchtigt, gefänglich eingezogen und einstweilen in die dortige Frobnyeste, wo es keine andern Kerker giebt als Löcher für die niedrigsten Verbrecher, die dort so lange festgehalten werden, bis sie zur kriminalgerichtlichen Untersuchung abgeführt werden, in Haft gesetzt.

Ungarn. Die „Pesther Zeitung“ bringt eine Kundmachung des Ober-Kommandanten Fehrn v. Haynau, wodurch der bekannte Erlaß bezüglich der Affentzung sämtlicher unga-

rischen Nationalgarden, welche gegen die österröschischen Truppen in das Feld rückten, dahin gemildert wird, daß diese Maßregel auf diejenigen sich beschränken soll, welche nach dem 5. Januar 1849 ausrückten (s. die telegraphische Depesche im gestrigen Morgenbl. der Nat.-Ztg.). Auch so bleibt die Maßregel immer noch eine sehr harte, da sie dem Entzusehens der Nationalität und der Revolution keine Rechnung trägt. — Die Pesther israelitische Reformgenossenschaft erfreut sich warmer Theilnahme und vergrößert sich von Tag zu Tag.

Schweiz.

Zürich, 13. März. Als vor etwa vier Wochen ein so heilloser Notendruck in der Schweiz entstand, erklärte der Bundesrath durch Kreis Schreiben vom 15. Dezbr., es sei keine Note, kein Ansuchen, weder direkt noch indirekt, beim Bundesrath eingegangen. Und am 1. v. erklärte der französische Minister La Hite in der französischen Nationalversammlung, die Schweiz habe allen von den angrenzenden Mächten an sie gestellten Anforderungen vollkommen Genüge geleistet. Wie reimt sich das zusammen? Der Bundesrath muß es freilich selber am besten wissen, ob man Anforderungen an ihn gestellt hat; in dessen von einem französischen Minister ist ebenfalls zu erwarten, daß er weiß, ob und was in dieser Angelegenheit geschehen ist. Wer hat nun Recht? Die Vertheidiger des Bundesrathes durch Did und Dünn sind freilich nicht verlegen mit der Antwort; sie sagen, der französische Minister habe unter den „gestellten Anforderungen“ bloß die freiwillig vom Bundesrath getroffenen Maßregeln, die Ausweisungsbefehle vom 16. Juli und 19. Nov. v. J. verstanden. In diesem Falle möchten wir doch den französischen Minister im Interesse des Bundesrathes ersuchen, sich etwas genauer auszudrücken, denn der Widerspruch zwischen beiden Erklärungen hat unter der dem Bundesrath feindlichen Partei eine große Aufregung hervorgebracht und ihr nicht unwirksame Waffen in die Hände gegeben. — Ich schrieb Ihnen vor längerer Zeit, wie mehrere Regierungen, namentlich diejenige von Schwyz, fortwährend die Erlaubnis zur Eingehung gemischter Ehen verweigern; ich machte dabei aufmerksam auf die große Unterlassungssünde, welche man bei der Bundesrevision begangen hat, daß man keine Bestimmung darüber in die Bundesverfassung aufnahm. Damals war's in Einem hin gegangen, die Ultramontanen und Sonderbündler haben ohnehin gegen die Annahme der Bundesverfassung gethan, was sie konnten. Aber höchst ärgerlich und weitausläufig muß diese schwierige Frage werden, wenn sie jetzt in der Bundesversammlung zur Sprache kommt. Und das wird jedenfalls schon in der nächsten Sitzung geschehen müssen. Eine Reihe von Beschwerden wegen verweigerter Erlaubnis zur Eingehung gemischter Ehen sind beim Bundesrath eingegangen; dieser aber hat sich, dem Prinzip der Cantonal-souveränität, so wie der gesetzgebenden Macht der Bundes-Versammlung gegenüber, in dieser Sache für inkompetent erklärt, und die Reurrenten werden nun an die Bundes-Versammlung gelangen. Das wird allerdings „einer der interessantesten Verhandlungsgegenstände“ werden, wie die „Berne Zeitung“ meint; aber auch endlose Verwickelungen wird er herbeiführen, denn wenn auch die Regierungen vielleicht gezwungen werden können nachzugeben, die katholische Geistlichkeit giebt in diesem Punkte gewiß nicht nach; das hat die Erfahrung genugsam gelehrt.

Franreich.

Paris, 14. März. Zwei Punkte sind bei den letzten französischen Wahlen von Wichtigkeit: die Wiedervereinigung der Doungrenze und des Proletariats, und die Abstimmung in der Armee; die letzteren sind der Reaktion noch unerwarteter und unangenehmer, als jene Vereinigung, deren Bedeutung aber wahrlich nicht geringer ist.

Die Abstimmung der Armee ist aber allerdings ein Ereigniß; und wir wollen daher nicht unterlassen, unseren Lesern die spezielleren Zahlenangaben vorzuführen, wie sie nach und nach bekannt geworden sind.

Wir bemerken dabei, daß die französischen Soldaten an ihren Garnisonsorten die Stimmen abgaben für die Wahlen in ihren Heimathsorten; wir geben daher für einzelne Garnisonen und für einzelne Departements, in denen zu wählen war, die Stimmen der Soldaten, so weit sie bis heute bekannt geworden:

Garnison von Tulle. Seine: 68 Stimmende; davon für Floite 66, für Vidal 64, für Carnot 63. Ober- und Niederrhein: 30 Stimmende; sämmtlich für die Demokratie. Haute Loire: 17 Stimmende, sämmtlich für die Demokratie. Loire: von 28 Stimmenden 27 für die Demokratie. Isère: von 29 Stimmen 25 für die Demokratie; Oberrhein von 100 Stimmen: 63 bis 74 für die Demokratie, höchstens 32 für die Reaktion. Niederrhein, von 266 Stimmen: 154 für die Demokratie, für die Reaktion nicht über 11. Saone und Loire, von 24 Stimmen: 8 für die Demokratie, 4 für die Reaktion, 12 unbeschrieben.

Garnison von St. Malo (11 leichte Regim.). Seine: von 21 Stimmen 19 für die Demokratie; die demokratischen Kandidaten der übrigen Departements fast einstimmig.

Garnison von Mont Valerien (41. Linie). Seine: von 45 für die Demokratie: 43; Arriège: von 78: 77; Loire: von 79: 71.

Garnison von Paris: (21. Linie): Nièvre von 129 für die Demokratie 115; Seine: für die Demokratie 18—19, für die Reaktion 2—16.

Drittes Bataillon der Jäger von Vincennes, auf die die Reaktion vor allem rechnete: von 180 für die Demokratie 179.

Garnison von Lille: für die Demokratie, für die Reaktion, Saone et Loire: 33 2
Loir et Cher 19 0
Bas-Rhin 68 14

Garnison von Tournon (21. Linie) von 123 für die Demokratie 115.

Garnison von St. Omer (73. Linie) von 34 pariser Wählern für die Demokratie 24 bis 27, für die Reaktion 6 bis 9.

Garnison von Straßburg: Arriège von 20 für die Demokratie 14, für die Reaktion 6.

Garnison von Rantes: Seine von 89 Stimmen für die Demokratie 67—69, für die Reaktion 3—19.

Garnison von Paris: von 2000 Wählern des Ober- und Niederrheins: 1950 für die Demokratie; 50 für die Reaktion.

Garnison von Caen (83. Linie): für die Demokratie 72 bis 83, für die Reaktion 15—16.

Garnison von Valenciennes: Seine von 90 Stimmen für die Demokratie 70.

Garnison von Revers: Seine von 56 Stimmen 46—47 für die Demokratie.

Garnison von Soissons: Seine (4. Linie) von 72 für die Demokratie 63—72.

Garnison von Toulouse: Seine von 106 Stimmen für die Demokratie 74—77.

Bas-Rhin von 72 für die Demokratie 53, Ardèche von 139: 136. Isère von 104: 62.

Garnison von Rennes: Seine von 142 Stimmen für die Demokratie 120—124; Cher von 57 für die Demokratie 55; Haut-Rhin 68 sämmtlich; Allier 4 desgl.; Isère von 34: 25; Saone et Loire von 11: 8; Loire von 31: 25; Nièvre 10 sämmtlich; Saone et Loire von 42: 34.

Garnison von Marseille: Seine, von 108 für die Demokratie 78—82. Isère, von 123: 120.

Garnison von Bordeaux: Seine, von 55 für die Demokratie 40. Oberrhein, von 30: 27.

Garnison von Avignon: Oberrhein, von 68 für die Demokratie 63; Niederrhein, von 36: 32; Isère, von 32: 28; Saone und Loire, 7 sämmtlich; Paris, von 36: 25.

Garnison von Straßburg: von 718 Wählern des Niederrheins für die Demokratie 650 bis 718; Oberrhein, von 450: 407.

Garnison von Toulon und Var, von 100 für die Demokratie 81; Ardèche, für die Demokratie 117, für die Reaktion 49.

Doch es würde zu weit führen, wenn wir die Zahlenangaben für sämmtliche Garnisonen und für die verschiedenen Departements, in denen zu wählen war, mittheilen wollten. Wir behalten uns die Angabe der Gesamtzahlen, sobald sie bekannt werden, vor.

Paris, 14. März. Spielt das verehrliche Ministerium an der Börse, und ist es unumgänglich notwendig, daß die Fonds steigen, ehe die amtliche Verlautbarung aller Ungewißheit ein Ende macht? Am Ministerisch schwirren die buntesten Nachrichten aus den Departements wild durcheinander, aus dem Osten, aus dem Westen, aus Nord und aus Süd, und am Ende zeigt sich, daß der Herr Minister mit wichtiger Miene Nachrichten als neu und authentisch wiederholt, die gestern Abend aufs Gerathewohl in die Abendzeitung aufgenommen waren. Viel leicht weiß der Minister des Innern in seiner Unschuld nicht einmal, welches gefährliche Spiel er spielt, und was es auf sich hat, wenn man sich zum willenslosen Werkzeug der politischen Buschlepperei hergiebt.

An der Börse sollen seit letztem Samstag sehr bedeutende Summen verloren worden sein von Leuten, die sonst gewöhnlich die Sprossen der Börsenleiter in ihren Händen haben. Sie hatten auf ein Steigen der Rente gesetzt, weil sie auf den Sieg der Royalisten in Paris zählten, und nachdem sie geschlagen waren, wollten sie ihre Niederlage durch günstige Gerüchte über die Wahlen der Departements wieder gut machen. In Wahrheit aber wissen sie nichts und die bisherigen Meldungen aus den beiden Departementen des Ober- und Niederrheins, Saone et Loire, Isère, Var, Nièvre, Loir et Cher lauten günstig für die Demokraten. Nur in dem Cher scheint der Sieg der Reaktion gewiß zu sein (2 Repräsentanten).

Wichtigere wäre ein Gerücht, das sich in der National-Versammlung verbreitet. Deslotte, der gestern 1100 Stimmen-Mehrheit hatte, wäre heute durch eine bessere Zählung auf dreihundert herabgefallen und der Minister sagt man, zähle auf eine verspätete (?) Zählung der Stimmen der mobilen Gendarmen. Das alles steht einem leeren Geschwätz sehr ähnlich. Wenn aber die Regierung gewissenlos genug wäre, um die Ernennung von Deslotte zu unterdrücken, leichtfertig zu läugnen, um das Volk in seinem Rechtsgefühl zu reizen und zu einem Ausbruch zu treiben: so muß man allerdings bekennen, daß die Lage der Dinge Gefahr droht. Wo aber Ausdrücke hernehmen, um ein solches Verfahren zu bezeichnen!

Alle Hauptleute der Reaktion fehlen auf ihren Plätzen. Thiers, Montalembert, Broglie, Molé, Berryer sind abwesend. Sie sind, sagt man, im geheimen Rath versammelt, um über die Rettung des Vaterlandes zu berathen. Große Rathgeber! das Volk hat gesprochen, fest und weise, auf jeden Fall in gefestigter, gültiger Weise; was Ihr zu thun habt, ist Gesetz und Volksbefehl zu ehren. Jenseits dieser Grenze liegt die Willkür und Gewalt. Aber Alles, was diese Herren nicht selbst wollen, ist vom Uebel. So wird der Völker Wohl geleitet! Schon wieder heißt es: die Befehlshaber richtet uns zu Grunde! und während ich Ihnen schreibe, verbreiten selbst Mitglieder von der Rechten auf allen Bänken die Warnung, das Volk möge sich morgen ruhig halten, damit der beabsichtigten gewalthätigen Einschreitung der Polizei und der darauf folgenden Soldatendiktatur aller Vorwand benommen werde.

Auch von einer Ministerveränderung ist die Rede. Man spricht von Léon Hauser mit Molé... Welche harte Geburtwehen der Freiheit! (Unsere gestrige telegraphische Depesche hat bereits die Ernennung von Baroche zum Minister des Innern gebracht.)

Das Projekt einer Bottschaft an die Nationalversammlung ist aufgegeben. — Der Minister des Innern, Ferdinand Barrot, und der Minister des Auswärtigen, General de Labitte, haben gestern Abend dem Präsidenten der Republik ihre Entlassung angeboten. Allein derselbe nahm sie nicht an mit dem Bemerkung, daß „Maßregeln gegen die Eventualitäten der gegenwärtigen Lage ergriffen werden würden.“ — (Vergl. die telegraphische Depesche der gestrigen Morgennummer.) — Die Regierung wird, wie man versichert, in den nächsten Tagen der Nationalversammlung den Gesetz-Entwurf vorlegen, die Revision der Journalstempel auf 100,000 Franken zu erhöhen und den Journalstempel wiederherzustellen. Mehrere wichtige Gesetzentwürfe in demselben Sinne sollen binnen Kurzem folgen. — Der Präsident der Republik hat gestern gleich nach abgehaltenem Ministerrath wieder mehrere Kasernen besucht und sich dabei sehr angelegentlich mit den Soldaten unterhalten. Er fuhr in offener Kalesche, von einem Kavalleriepauet eskortirt, über die Boulevards, wo er bald mit dem Ruf: „Es lebe die Republik!“ bald mit dem: „Es lebe der Präsident!“ begrüßt wurde. Der Polizeipräsident ritt einige Schritte dem Wagen voran.

Der General Canrobert, der sich als Oberst beim Sturm der Jaatka sehr auszeichnete, ist an Stelle des schon alten Generals Corbin zum Befehlshaber der 1. Brigade der Armee von Paris ernannt worden. — Die Nationalgarde von Montpellier ist wegen rothrepublikanischer Kundgebungen durch Dekret des Präsidenten der Republik aufgelöst worden. — Die Festungen der Ostgrenze werden gegenwärtig neu klassifizirt, da die Eisenbahnen eine totale Veränderung im Vertheidigungssystem nöthig gemacht haben. — Seit Kurzem nehmen die Brandstiftungen in der Umgegend von Paris überhand. Man bezeichnet 6 Brände, die den eingeleiteten Untersuchungen zufolge alle angeklagt sein sollen. — Mehrere sozialistische Repräsentanten, die zugleich Advokaten sind, haben ein Vertheidigungs-Komitee gebildet, um den Journalen ihrer Partei im ganzen Lande in den zahlreichen, fortwährend über sie hereinbrechenden Preßprozessen beizustehen.

14. März. Das Wahlergebniß ist natürlich noch immer das leitende Thema, das die Gemüther in Bewegung setzt. Jetzt, da die Wahlen zu Paris vorüber sind, ist die Aufmerksamkeit vor Allem auf den Ausgang derselben in den Departements gerichtet. So weit die Nachrichten uns bis heute zugehen, sind in den Departements 14 republikanische und 9 konservativ Kandidaten gewählt worden. Der „National“ macht darauf aufmerksam, daß überall die bonapartistischen Kandidaten kaum in Betracht gekommen sind. Da Vidal doppelt gewählt ist und sich verpflichtet hat, für das Departement (Unter-Elfaß)

anzunehmen, so wird Paris binnen Kurzem eine neue Wahl vorzunehmen haben, bei der voraussichtlich E. de Girardin auftreten und gewählt werden wird. — Der Sieg der Republikaner hat bis jetzt noch nicht die gehoffte Annäherung zwischen den Brüdern der Majorität, deren Mitglieder sich gegenseitig die Schuld der Niederlage beimesen, zur Folge gehabt. Die Legitimisten behaupten, trotz der Parteilichkeit bei der Entwerfung der Liste für die „Union électorale“, gestimmt zu haben und beschuldigen die Majorität der Undankbarkeit. — Es war von dem Rücktritt des Polizeipräsidenten Carlier die Rede; allein Changarnier will ihn nicht fallen lassen. Beide wohnten gestern einem Ministerrath bei, in dem über die gegenwärtige Lage Rath gehalten wurde. Daß darin wohl schwerlich von einem Ministerwechsel im Sinne der Linken die Rede war, geht aus einem Artikel des „Abendmoniteurs“ hervor, worin es mit Bezug auf das Wahlergebniß heißt, daß der Präsident der Republik, welche Bedeutung man auch diesem Ergebnis belege, doch auf dem von ihm eingeschlagenen Wege fortgehen und nur das Interesse Frankreichs und die Befestigung der Gewalt und der Autorität im Auge behalten werde. Das Hauptorgan der Orleansisten und insbesondere Odilon Barrot's, das gestern schon seinem langverhaltenen Groll in den Worten Luft gemacht hatte: „Die Pariser Wahlen haben u. A. auch die mehr und mehr erwiesene Unfähigkeit des Präsidenten der Republik zur Ursache!“ giebt heut wie zur Antwort auf diesen halbamtlichen Artikel demselben die Lehre, sich in den Grenzen seines Mandats zu halten und die National-Versammlung zu kräftigen, anstatt sie herabzusetzen, damit sie ihm in allen Maßregeln zum Besten des Landes beistehen könne. — Die republikanische Partei fährt übrigens in ihren Organen fort zur Einigung und Mäßigung in der Siegesfreude zu ermahnen und warnt vor aller öffentlichen Manifestation, die zu Konflikten und somit zu einem Staatsstreich, der wieder in Gerüchten allerlei Art besprochen wird, führen könnte. — Uebrigens ist bis jetzt die Ruhe in keiner Weise gestört worden. Sogar auf dem Bastille-Platz verließen sich die Gruppen Neugieriger mehr und mehr und schon um 11 oder 12 Uhr Nachts hört man in den Straßen der Vorstädte nur noch die Fußstritte der Patrouillen.

Sitzung der Nationalversammlung vom 14. März. Vorsitzender Baroche. — Die Versammlung bietet heute einen noch belebteren Anblick dar, wie gestern. Eine Menge Repräsentanten umgeben die Ministerbank, auf der zu Anfang der Sitzung nur Barrot anwesend ist. Die Kollegen Barrot's mit Ausnahme des in den Pariser Wahlen durchgefallenen Generals de Labitte erscheinen allmählig und werden lebhaft befragt. Die Abwesenheit sämmtlicher Führer der Majorität fällt auf. Vor Beginn der weiteren dritten Beratung des Gesetzes über das Unterrichtsweisen kündigt Françoise Bouvet (von der Montagne) Interpellationen an den Minister des Innern über Gewaltmißbräuche im Au-Departement an. Hierauf wird die Discussion des Unterrichtsgesetzes wieder fortgesetzt. Das einzig Bemerkenswerthe daraus ist die Sitzung des Gehaltens der Elementarlehrer auf 200 Franken und das Schulgeld, nebst einer Unterstufung, wenn beides zusammen nicht 600 Franken ausmacht. Die Beratung ist schnell beim dritten Hauptabschnitt (über den Unterricht zweiter Klasse) angekommen. Ein Amendement La Fayette's, die Einrichtung spezieller Examinationsbehörden für den technischen Unterricht betreffend, wird trotz des Widerstandes des Ausschusses und des Ministeriums angenommen. — Bei der Bestimmung, daß die bestehenden kleinen Seminarien der Bischöfe ausreicht erhalten werden sollen, unter der Bedingung, sie unter die Aufsicht des Staates zu stellen, erwähnt B. St. Hilaire eines öffentlichen Schreibens des Bischofs von Chalons, worin derselbe erklärt, er werde Niemand in sein Seminar blicken lassen und nur der Gewalt weichen, worauf der Unterrichtsminister die Zusicherung giebt, daß die Bedenken gewisser Geistlichen vor dem mit der nöthigen Rücksicht und Schonung ausgeführten Befehl weichen würden. — Von den 86 Artikeln des Gesetzes sind bereits 73 votirt. Es heißt, daß morgen Lamartine einen Antrag Cremieux's unterbringen werde, das Gesetz erst am 1. Juni 1852, d. h. nach dem Zusammentritt einer neuen Legislatur in Kraft treten zu lassen. — Die Sitzung wird um 6 Uhr geschlossen.

Großbritannien.

**** London, 14. März.** Die gestrige Sitzung des Unterhauses war, wie gewöhnlich am Mittwoch, wo sie auch, abweichend von dem sonstigen Gebrauch, schon um Mittag beginnt und um 6 Uhr Abends endet, sehr unbedeutend. Das Haus beschäftigte sich zuerst mit einer Bill über Lokal- und Grafschaftsausgaben, welche eine größere Kontrolle derselben von Seiten des Steuerzahlenden bezweckt. Die Bill erhielt die zweite Lesung. — Von größern Interesse war der zweite Gegenstand der Sitzung, ein Antrag des Hrn. Ewart, eines alten Vorkämpfers für Erziehung und Veredlung des Volks, woburh säkularische Behörden ermächtigt werden sollen, zur Gründung öffentlicher Bibliotheken und Kunstmuseen in ihren respektiven Ortlichkeiten eine kleine Steuer von denselben zu erheben. Die Bill hatte schon die erste Lesung erhalten; Hr. Ewart beantragte jetzt die zweite, indem er noch einmal kurz anführte, daß es der Zweck derselben sei, dem Volke die Mittel zur Belehrung leichter zugänglich zu machen, so wie dasselbe auch in den Stand zu setzen, durch Anschauung von Kunstwerken seinen Geist zu veredeln. Nachdem eine Reihe von Rednern für und gegen den Antrag sich kurz ausgelassen, erhielt derselbe mit 118 gegen 101 Stimmen die zweite Lesung.

Dieser Tage hatte eine Deputation von dem „Comitee für Abschaffung des Zeitungstempels“ eine Audienz bei Lord J. Russell, um denselben für ihre Zwecke zu interessieren. Die Sprecher der Deputation ließen sich in längere Ausweinandergesprächen ein, um die Nothwendigkeit der Abschaffung aller „Steuern auf Kenntnisse“ (taxes on knowledge) nachzuweisen. Die Hauptredner waren Hr. Edwards, Sekretär des Sechervereins, und der Geistliche Thomas Spencer. Aus der Rede des Letztern führen wir folgende Stellen an, die man als ächt englisch bezeichnen kann:

„Die Bibel erklärt: „daß die Seele ohne Kenntniß sei, ist nicht gut,“ und „Mein Volk geht zu Grunde aus Mangel an Wissen,“ und doch bestehen die Steuern auf Kenntnisse, die Korngesetze des Geistes noch fort. Seit der Aufhebung der Korngesetze haben die Willkür des Handels viel mehr Nahrung als früher verzeht, und wenn die Geistlichen aufgegeben sind, so wird der Verbrauch geistiger Nahrung in noch größerem Maße zunehmen. Die Regierung möge sich erinnern, „daß der Mensch nicht allein von Brod lebt, sondern von jedem Wort, das aus dem Munde Gottes kommt,“ und diese Worte, welche Gott zu den Menschen in Revolutionen und öffentlichen Kalamitäten oder in großem Wohlstand spricht, sind nur durch die Kanäle der öffentlichen Mittheilung zu vernehmen; durch die Presse allein können die Verhängnisse der Vorsehung zur allgemeinen Kunde kommen.“

„Das Volk werde auch aus der großen Universalausstellung (des nächsten Jahres) viel Belehrung schöpfen; aber die Regierung sollte sich auch erinnern, daß die höchste Autorität es für reine Heuchelei erklärt hat, in diesen Dingen weise zu sein und doch nicht die Zeichen der Zeit zu unterscheiden. Und wie sollen die Menschen die Zeichen der Zeit erkennen, wenn sie nicht fortwährend die Zeitungen lesen, welche alle Ereignisse dieses und anderer Länder berichten? Zudem sie das Volk in den Stand setzen, über diese Ereignisse des täglichen Lebens nachzudenken, würden die Staatseinkünfte nur das Beispiel des höchsten Lenkers aller Dinge nachahmen; denn als dieser den Juden sein geoffenbartes Wort,

die Bibel, gab, offenbar er ihnen nicht blieb die Kenntnis seiner Gesetze und den Weg des Heils, sondern auch die Geschichte der Welt von Anfang an und ihrer eigenen Nation insbesondere, und nicht bloß die Geschichte alter Zeiten, sondern in den Büchern der Könige und der Chronik im alten, und den Akten der Apostel im neuen Testament, legte er ihnen auch die Ereignisse ihrer eigenen Zeit vor. In gleicher Weise sind die täglichen und wöchentlichen Blätter die Bücher der Könige, die Chronik und die Akten des gegenwärtigen Tages, und das Volk dieses Landes müsse freien Zugang zu dem Studium derselben haben.

Lord J. Russell empfing die Deputation mit seiner gewöhnlichen Courtoisie. Er konnte natürlich auf ein Gesuch um Aufhebung von Steuern keine definitive Antwort geben, bemerkte aber, daß die schon geschlossene Herabsetzung des Stempels von 4 Pence auf 1 und des Porto's von 6 Pence auf 1 einen Beweis abgebe, daß die Regierung nicht abgeneigt sei, die Aufklärung des Volks zu befördern.

London, 14. März. Die russische Note in Betreff der griechischen Frage hat der englischen Regierung einen wesentlichen Dienst geleistet; denn nichts möchte das englische Publikum weniger zu ertragen geneigt sein, als die Annahme des Czaren, sich in einen Streit zwischen Großbritannien und einer dritten Macht einzumischen zu wollen. Glauben Sie ja nicht, daß in Fragen der auswärtigen Politik die „Times“ der wahre Ausdruck der öffentlichen Meinung in England ist. Keine Zeitung ist dem Einfluß der fremden Gesandtschaften in London oder den Intriguen der Parteitaktiker, die keinen andern Zweck haben, als dem oder jenem Minister des Tages Verlegenheiten zu bereiten, zugänglicher als sie. Aber Lord Palmerston weiß, was er thut, und je entschiedener er gegen Alles auftritt, was russisch ist, desto größer wird seine Popularität im Inlande werden, besonders zu einer Zeit, wo die Erbitterung, welche die letzte russische Invasion in Ungarn allgemein hervorrief, in den Gemüthern der Menschen noch nicht ganz erloschen ist.

Graf Nesselrode behauptet, England hätte, ehe es seine Forderungen an Griechenland geltend machte, erst das Cabinet von Petersburg fragen sollen. Wie! Hält sich denn der Czar für den Schiedsrichter und Diktator von ganz Europa — der Czar, der die Freiheit der Tscherkessen mit Füßen tritt, der die Freiheit Polens getödtet hat, der der konstitutionellen Regierung in Ungarn ein Ende machen half und der jetzt Deutschland mit seinen Armeen an der Grenze bedroht? Seien Sie versichert, John Bull wird sich einer solchen Annahme nicht fügen. Auch kann man sich hier nicht darauf berufen, daß Rußland, im Verein mit England und Frankreich, eine Schutzmacht Griechenlands ist. Die Schutzmacht garantirten Griechenland sein kontinentales und Inselgebiet, wie es durch den Vertrag vom 3. Februar 1830 festgesetzt ist. Aber die Inseln Cerri und Sapientza bilden keinen Theil dieses Gebiets; vielmehr waren diese Inseln von der jonischen Legislatur für Dependenz von Zante und Cerigo erklärt worden, und zwar lange, ehe die jonische Republik durch den Vertrag von 1815 unter brittischen Schutz gestellt ward. Dies geht aus den offiziellen Papieren, die dem Parlament vorgelegt wurden, zur Evidenz hervor (vgl. unter Griechenland). Die Schutzmächte haben über die Rechte Griechenlands zu wachen, aber sie haben nichts mit dem jonischen Staat zu thun. Daber enthält die russische Behauptung, daß die Schutzmächte eine Stimme bei der Territorialfrage haben, eine petitio principii, da sie gerade den streitigen Punkt, ob nämlich Cerri und Sapientza einen Theil des griechischen Gebiets bilden, von vorn herein als entschieden betrachtet. England zuzumuthen, daß es die Einwilligung Rußlands und Frankreichs einholen muß, um seine Protektionsrechte über die letztgenannten Inseln geltend zu machen, das hiesse gerade so viel, als behauptete man, England bedürfe derselben Zustimmung, um einen Angriff Griechenlands auf Zante und Corfu abzuwehren.

Ich habe hier nicht die Absicht, die englischen Forderungen an Griechenland zu rechtfertigen; sie erhalten ihre hinreichende Begründung durch die dem Parlament vorgelegten Aktenstücke; ich will Sie nur auf das Faktum aufmerksam machen, daß gerade die russische Einmischung vor Allem Regierung und Volk von England leicht bestimmen könnten, von jenen Forderungen auch nicht ein Jota aufzugeben.

Italien.

Rom. Der „Monitore toscano“, das offizielle Organ der toskanischen Regierung, meldet vom 9. d. M., daß „bestimmte“ Nachrichten eingelaufen war, es sei am 5. zu Portici ein Konfistorium gehalten worden, in welchem die Rückkehr des heiligen Vaters nach Rom auf die erste Woche nach Ostern festgesetzt worden ist. Sogleich wurden in sämtlichen Richtungen Courriere entsendet, um die Notifizirung dieser Nachricht den betreffenden Kabinetten zu überbringen. — Nachrichten aus Rom vom 7. melden, daß die Annahme der Bedingungen in Betreff der päpstlichen Anleihe von der obersten Regierungs-Kommission beschloffen worden sei. Dem Vernehmen nach soll ein Theil des einfließenden Geldes zur Werbung von Spaniern verwendet werden, welche die Stelle der entlassenen Schweizer in Rom einnehmen sollen. Neapolitanische Blätter bestätigen diese Daten. Außerdem hört man in Rom von Nichts als fortwährenden Verhaftungen und Ausweisungen.

Griechenland.

Der für die Beurtheilung der griechisch-englischen Differenz besonders wichtigen Note, welche der englische Konsul Wyse an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten Griechenlands, Herrn Londos, am 9. Februar d. J. gerichtet hatte, entnehmen wir folgende Stelle: „Es ergibt sich für jetzt aus der Note der Herren Clarakis vom 17. 29. November, daß die griechische Regierung in der Ueberzeugung, die wesentlichen Bestimmungen, wodurch der Umfang der Territorialrechte des jonischen Staates begrenzt und festgesetzt worden ist, befanden sich in dem im Jahre 1797 zu Campo Formio zwischen Oesterreich und Frankreich abgeschlossenen Friedenstraktate, so wie auch in den im Jahre 1699 und 1778 zu Karlowitz und Passarowitz zwischen der Pforte und Venedig abgeschlossenen Verträgen, behaupten will, daß der jonische Inselstaat nur auf jene Inseln, welche vor 1683, als jener Epoche, wo der durch den Karlowitzer Frieden beendete Krieg sich entspann, zu Venedig gehörten, ein Anrecht habe. Der Unterzeichnete wurde veranlaßt, Herrn Londos zu erwidern, daß der Rechtstitel, wonach die Inseln Sapientza und Cerri, so wie alle von den sieben Hauptinseln abhängenden übrigen Eilande zur Gesamtheit des jonischen Staates gehören, nicht auf den Verträgen von Campo Formio, Carlo-witz und Passarowitz, sondern nur auf dem zu Paris am 5. Nov. unterzeichneten, zwischen England, Oesterreich, Preußen und Rußland abgeschlossenen Traktat beruht, und der einzige weitere Ver-

trag, welchen Großbritannien insofern als er eine Beschreibung des jonischen Inselstaates und seiner Dependenz enthält, aner-kennen kann, derjenige ist, welcher im Jahre 1800 zwischen Ruß-land und der Pforte abgeschlossen wurde, und folgende Schilderung der Eilande enthält: „Die Inseln Corfu, Zante, Cephalonia, St. Mauro, Ithaka, Poro, Cerigo und alle größeren und kleineren bewohnten und unbewohnten Inseln, welche sich gegenüber den Küsten befinden, von dem Gebiete der ehemaligen venezianischen Republik abgelöst und so eben erobert worden sind.“ In Kraft des erwähnten Traktats von 1800 und unter der besondern Garantie Ruß-lands ward die Siebeninselnrepublik organisiert, deren Verfassung begründet und unternahm es der oberste gesetzgebende Körper dieses Freistaates im Jahre 1804 die großen Inseln zu bestimmen, welchen die kleineren, deren im Traktat v. Jahre 1800 besonders Erwähnung geschieht, insbesondere angeschlossen werden sollen. In Folge dessen erklärte der gesetzgebende Körper des jonischen Staates durch eine Akte vom 22. Januar 1804: 1) daß die kleinen Inseln Strivoli, Marottonissi, Peluso, Prentaroco, Pro-daro, Sapientza, Porto-Selinari, Benetia und alle im Meere bis zum Kap Gallo zerstreuten Eilande der Hauptinsel Zante rechtlich und bürgerlich zugehören sollen. 2) Daß die kleinen bewohnten und unbewohnten Inseln Cerigoto, Poro, Paretto, Dragoneja, Cerri und alle vom Kap St. Angela bis Coron befindlichen in gleicher Eigenschaft der Hauptinsel Cerigo zugeschlagen werden sollen. Als demnach Großbritannien in Folge des Traktats vom Jahre 1815 das Oberhauptrecht des jonischen Staates erwarb, fand es die Inseln Sapientza und Cerri durch einen förmlichen und öffentlichen Akt der Siebeninseln-Republik bereits zu Zante und Cerigo geschlagen, und es sieht sich seither verpflichtet, den Stand der Territorial-Bestimmungen der jonischen Inseln ungeschmä-lert, wie es ihn in Folge des Traktates vom Jahre 1815 über-nahm, zu erhalten.“

Ämtliche Nachrichten.

Da nach Ihrem Berichte vom 4. Februar d. J. der Ge-meinde-Rath der Stadt Neus auf das derselben unter dem 14. März 1849 ertheilte, in der Gesetz-Sammlung für 1849 Seite 139 und folgende abgedruckte Privilegium zur Ausstellung auf den Inhaber lauter Obligationen im Betrage von 80,000 Thlr. verzichtet hat, so erkläre Ich dasselbe hierdurch für erloschen. Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öf-fentlichen Kenntniß zu bringen. Bellevue, den 11. Februar 1850.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gegengez.) von Manteuffel. von der Heydt. von Rabe.

die Minister des Innern, für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und der Finanzen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem königlich bayerischen General-Major und Brigadier der Kavallerie, von Schmalz, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Schwertern; dem herzoglich braunschweigischen Obersten im Generalstabe, Morgenstern, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse; dem Bürgermeister Kaufuß zu Nabel den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Kantor und Schullehrer Johann Schröder zu Marienborn, im Regierungsbezirk Magdeburg, das Allgemeine Ehrenzeichen, zu verleihen.

Ihre königliche Hoheit die Frau Prinzessin von Preu-ßen nebst der Prinzessin Louise sind nach Koblenz abgereist. Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Der Regierungsrath Kolbe ist kommissarisch zum Direktor der königlichen Porzellan- und Gesundheits-Gefäß-Manufaktur bestellt worden.

Die heute erscheinenden Stücke der Gesetz-Sammlung Nr. 13 und 14 enthalten unter:

Nr. 3243. das Jagdpolizei-Gesetz vom 7. März 1850; unter Nr. 3244. das Gesetz, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär-Verwaltung für das Jahr 1850, so wie die Beschaffung der zur Dedung desselben erforderlichen Geldmittel, vom 7. März 1850, und unter

Nr. 3245. das Gesetz, betreffend die Aufhebung der Cirkular-Verordnung vom 26. Februar 1799 wegen Bestrafung der Diebstähle und ähnlicher Verbrechen und die Abänderung der Injurienstrafen; vom 11. März 1850. Berlin, den 18. März 1850.

Debits-Comtoir der Gesetz-Sammlung.

Angelommen: Se. Durchlaucht der General-Lieutenant und Kommandeur der 6ten Division, Fürst Wilhelm Radzi-will, von Torgau und der Fürst von Haffeld, von Traden-berg; der Herzoglich sachsenische Präsident Vollpracht, von Hamburg.

Polizeiliche Bekanntmachung. Die Rücksicht auf die Anstößigkeiten, welche der Besuch des Friedrichsbains im vorigen Jahre herbeiführte, veranlaßt das Polizei-Präsidium, den Zutritt zum Friedrichsbain am 18. d. M. und nöthigenfalls auch in den nächstfolgenden Tagen Niemandem zu gestatten. Berlin, den 16. März 1850.

Königl. Polizei-Präsidium. v. Hindelbey.

Berliner Nachrichten.

Im Laufe des heutigen Vormittags hatten viele Personen die Gräber auf dem Friedrichsbain besucht. Angehörige, Freunde und Bekannungsgegenossen der Verstorbenen hatten Kränze auf die Grabhügel gelegt; ein großer Kranz war in der Mitte des Begräbnisplatzes von Mitgliedern der Arbeiterbrüderung aufgestellt. Von Mittag an aber ward der Besuch des Friedrichsbains nicht weiter gestattet, die vom 16. datirte Bekanntmachung des Polizei-Präsidenten, wonach am 18. und den folgenden Tagen Niemandem Zutritt gewährt werden sollte, also schon für den heutigen Tag, auf den das Verbot sich nicht bezog, in Vollzug gesetzt. Die Zugänge zum Friedrichsbain waren durch Konstabler und berittene Gensdarmen besetzt; Patrouillen von Konstablern und Gensdarmen ritten ab und zu.

Die „Deutsche Reform“ theilt eine Note des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an die hannoversche Regier-ung, datirt vom 6. März, mit, welche folgendermaßen schließt: „Wenn der Herr Gesandte mit dieser Mittheilung im Namen und Auf-trage seiner Regierung die Bezeugung des angelegentlichsten Wun-sches verbindet, daß die zwischen den Regierungen von Preußen und Hannover bestehenden bundesfreundlichen und nachbarlichen

Beziehungen auch künftig in jeder Weise ungetrübt erhalten blei-ben mögen, so liegt dem Unterzeichneten die Pflicht ob, auf den Widerspruch der zwischen diesem Wunsch und dem eben so un-erwarteten, als völlig ungerechtfertigten Rücktritt der Königl. hannoverschen Regierung von dem Bündniß vom 26. Mai 1849 statthindet, hinzuweisen, und es offen auszusprechen, daß die Er-haltung freundlicher Beziehungen nicht allein in der Hand Preußens liegt, sondern eben so sehr durch ein entsprechendes Verfahren von Seiten der königlich hannoverschen Regierung bedingt wird.“

Am Sonnabend war in Gegenwart Sr. Maj. des Kö-nigs auf dem Schlosse Bellevue Ministerrath, welchem auch der aus Schleswig-Holstein zurückgekehrte General Rauch beizuwohnte.

Die „Konstitutionelle Zeitung“ meldet über die am 16. stattgehabten Wahlmänner-Wahlen zur ersten Kammer: „Soweit das Resultat bekannt ist, scheint die konservative Partei auch gegenüber der liberal-konstitutionellen (?) die meisten ihrer Kandidaten durchgebracht zu haben.“

Die heute ausgegebene Nr. 11 der Gesessammlung ent-hält das Gesetz, betreffend den erleichterten Abverkauf kleiner Grundstücke, vom 3. März 1850, und das Gesetz, betreffend die auf Mühlengrundstücken haftenden Reallasten, vom 11. März 1850.

Nr. 12. der Gesessammlung enthält das Gesetz, betreffend die unverzinsliche Staatsschuld, vom 7. März 1850.

Die neueste Nummer (4.) des Central-Blattes der Ab-gaben, Gewerbe- und Handelsgesetzgebung und Verwaltung ent-hält eine Verfügung, nach welcher der Zoll nach dem Stücksaße für Balken und Blöcke künftig nur von solchen runden und be-hauenen Nupshölzern erhoben werden soll, welche am Stammende einen Durchmesser von 10 Zoll oder mehr haben und zwar ohne Rücksicht auf die Länge des Holzes, mit der Maßgabe jedoch, daß Holzstücke, welche nicht länger als 12 Fuß sind, von dem vorgedachten Stücksaße ausgeschlossen bleiben und dem Saße von 15 Sgr. für die Schiffslast unterliegen (cc. a. a. D.), wenn ihr Durchmesser am Stammende nicht mehr beträgt als 12 Zoll.

Der nordamerikanische Konsul Maxwell ist aus Triest hier angekommen.

Das Justiz-Ministerial-Blatt enthält die Mittheilung, daß dem Appellationsgerichts-Präsidenten Hassenpflug zu Greifswald die erbetene Dienstentlassung ertheilt worden ist. — Ein Plenar-Beschluß des königlichen Ober-Tribunals vom 7. Ja-nuar 1850 erklärt, daß das Vorluths-Edikt für Schlesien vom 20. Dezember 1746 als Provinzialgesetz, weder durch das all-gemeine Vorluths-Edikt vom 6. Juli 1773 noch auch durch die Einführung des Allgemeinen Landrechts aufgehoben worden ist.

Der plötzlich erfolgte Tod des Geheimen Kabinetraths Maire hat einen Platz von der entscheidenden Bedeutung leer gemacht. Maire war Urbens Nachfolger und, wie es da-mals hieß, durch seinen vom Justizminister beförderten Vorgänger dem Könige besonders empfohlen.

Der zur Disposition gestellte bekannte Königsberger Bürgermeister, Herr Lauterbach, befindet sich jetzt hier und soll Aussicht auf eine Wiederanstellung haben.

Bei unserm Appellationsgericht soll man die Absicht haben, als Vorsitzende für das hiesige Schwurgericht künftighin nur die vorstehenden Rätthe des Kriminalgerichts unter sich al-terniren zu lassen. So sind denn für die Sitzungs-Periode vom 16. bis 31. März der Arm.-Ger.-Rath Busse und für die vom 1. bis 15. April der Arm.-Ger.-Rath Körner wiederum zu Präsidenten des hiesigen Schwurgerichts ernannt worden.

Der bisherige Kaplan der Kreuzkirche in Breslau, Hr. Kraus, welcher im vorigen Jahre hier an der St. Hedwigs-kirche die Stelle des Kaplans Wawrzeko vertrat, als letzterer damals die Mission eines Feldpredikers für die preuß. Truppen katholischen Glaubens in Schleswig hatte, ist von dem Für-bischof zu Breslau, Hr. v. Diepenbrock, zum Militär-Geistlichen der Berliner Garnison katholischen Glaubens designirt, und wird demnach hier diese Stelle einnehmen. Berlin wird somit um einen katholischen Geistlichen bereichert. Wir bemerken hierbei, daß die hiesige katholische Gemeinde von jeher fünf Geistliche besaß, die als Kapläne alle koordinirt sind und unter königl. Patronat, demnach unter dem Oberpräsidium in Potsdam stehen. Der erste dieser fünf Geistlichen oder Kapläne führt, als Regens, den Titel Probst und somit auch die Korrespondenz mit den Be-hörden. Alle fünf Geistlichen haben im Seelenhirtenamt und in der geistlichen Mission eigentlich gleiche Funktionen, was indes schon der Probst Brinkmann streitig zu machen suchte.

Die kirchlichen Behörden scheinen die seit vielen Jahren bestehenden Pastoren Konferenzen dadurch „organischer“ gestalten zu wollen, daß sie dieselben unter die Leitung von Beamten des Kirchenregiments stellen und auf die Grenzen der Super-intendenturdistrikte beschränken. Von verschiedenen Konfistorien ist den Diözesanvorstehern die Bildung sogenannter Diöze-san-konferenzen empfohlen worden. Dieselben sollen sich mit praktisch-theologischen Fragen beschäftigen und zu diesem Zwecke in der Regel zweimal des Jahres, zwischen Ostern und Pfingsten und im September, zusammentreten. Theilnehmer sind die angestellten Geistlichen, Leiter der Superintendenten der Diöcese. Zu den Konferenzen sollen auf ihren Wunsch auch Kan-didaten sowie evangelische Geistliche benachbarter nichtpreussischer Diözesen zugelassen werden. Politik, Oekonomie und die nicht-theologische Literatur bleiben von der Besprechung ausgeschlossen.

In der kaufmännischen Welt ist man auf die Aenderun-gen gespannt, die dem Statut der königlichen Bank bevorstehen sollen. Dem Vernehmen nach werden dieselben hauptsächlich den Zweck haben, den Geschäftsbetrieb der Bank kaufmännischer, als es jetzt der Fall, zu gestalten. Der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Aenderung der Verkehrsbedingungen nach dieser Seite hin vermag man sich jetzt um so weniger zu entzie-hen, als die Konkurrenz der in dieser Richtung sich freier bewe-genden Privatinststitute, namentlich des hiesigen Kasernenvereins, bereits fühlbar zu werden begonnen hat.

Im wissenschaftlichen Verein (Eingakademie) las am 16. Herr Dr. Heising über die Kolonien von Süd-Australien. Er gab zuerst einen Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung dieser Kolonien und schilberte dann die gegenwärtigen Zustände in denselben. Der Vortrag gehörte zu den interessantesten, welche im wissenschaftlichen Verein bis jetzt gehalten wurden.

Die Herren Werner, Pein und Schröder in Berlin haben uns unter dem 16. d. M. folgende Erklärung zugesandt mit dem Ersuchen, dieselbe zu veröffentlichen: „Hinsichtlich des in der heu-tigen Morgen-Ausgabe unter unserer Firma gedachten, allerdings lebhaften Verkehrs in Spohn müssen wir erwähnen, daß wir den-

selben nicht selbst zu Hüten verarbeiten, sondern verschiedenartig zubereitet in appetitlichen und bezogenen Platten in den Verkehr bringen; übrigens auch das Material zu dem besprochenen Artikel nicht aus Kienholz, sondern meistens aus Espenholz besteht, welches letztere nicht allein bei Sprottau, sondern auch in vielen hiesigen, namentlich aber in Schlesiens Wäldern angepflanzt wird.

Nach einer gesundheits-polizeilichen Vorschrift dürfen diejenigen Kellerwohnungen, welche wegen des eingedrungenen Grundwassers von ihren Bewohnern verlassen werden mußten, erst längere Zeit, nachdem sie wieder trocken geworden sind, von den Hausbesitzern vermietet werden.

Die durch Anlegung des Kanals, welcher im Laufe dieses Jahres so ziemlich vollendet werden wird, in Aussicht stehende Behebung der Schiffahrt hat den schon vielfach geäußerten Wunsch nach einer Reform unserer bis jetzt sehr im Argen liegenden Strompolizei von Neuem angeregt und eine solche soll mit nächstem bevorstehen. Es wird in der Mitte der Stadt ein Centralbüro angelegt, wo alle auf die Schiffahrt bezüglichen Angelegenheiten ihre Erledigung finden werden. Hier sollen auch die Auslaufschiffe erteilt und die Schiffer resp. die hiesigen Güterempfänger dadurch der zeitraubenden Mühe überhoben werden, sich diese Scheine auf die gegenwärtig weitläufige Weise von den betreffenden Polizei-Kommissarien zu verschaffen, damit die Fahrzeuge in den Umkreis der Stadt zugelassen werden.

Es war früher mehrfach davon die Rede, daß die der Stadt hinterlassene große Schöbe'sche Erbschaft so mit Legaten beschwert sei, daß man Abstand nehme, dieselbe anzutreten. Namentlich wurde dabei auf einen bedenklichen Prozeß mit dem Hauptmann H. hingewiesen, der an dieser Hinterlassenschaft haftet. Die es indes jetzt heißt, sollen jene Bedenken sich nicht als stichhaltig bewährt haben und die Erbschaft bei dem bedeutenden aus ihr zu hoffenden Uberschuß bereits angetreten sein.

Die Zahl der Selbstmorde hat in neuerer Zeit gegen früher ungewöhnlich zugenommen, obschon in der gegenwärtigen Jahreszeit nach den darüber gemachten Erfahrungen kein besonderer Grund zu finden ist. Die Leichen aller Selbstmörder werden gerichtlich besichtigt und eine Untersuchung zur Ermittlung der Todesart eingeleitet. Es soll sich bei diesen Untersuchungen in der neuesten Zeit herausgestellt haben, daß Männer aus den gebildeten Ständen und im Besitze vieler Fähigkeiten dennoch zum Selbstmorde geschritten sind, weil sie Noth litten und an keine Verbesserung ihrer Lage glaubten.

Die jungen Mädchen, die eigentlich, um in einen Dienst zu ziehen, nach Berlin gekommen sind, der Lust zur Ausschweifung und der Verführung Berlins aber nicht haben widerstehen können, werden vielfach von Berlin verwiesen. Da nun nicht die besten Mittelste ihnen in die Heimath mitgegeben werden, so gehen sie zum einen Thor hinaus, und kommen zum andern wieder herein, gehen auch gewöhnlich zu den älteren Frauen, denen sie sich früher mit mehr oder minderm Blick anvertraut haben, hin, und lassen sich hier unter falschem Namen anmelden. Das Arbeitsheute schließt zur Zeit viele solcher wohl noch zu rettenden Mädchen in sich, die für diese unerlaubte Rückkunft nach Berlin und für die Annahme des falschen Namens büßen müssen.

Localbericht

Das Dienstmädchen, das sich am 14ten d. M. Abends auf der Stettiner Eisenbahn überfahren ließ, ist am 15. in der Charité — an Händen und Füßen — amputirt worden und hat diese gräßliche Operation lebend überstanden. Dasselbe diente bei einem hiesigen Rentier und Hauseigentümer, und entfernte sich am nämlichen Abende unter dem Vorgeben, sich einen Arbeitsmann holen zu wollen, der ihm das Grundwasser aus dem Keller tragen helfe, da ihm dies allein zu schwer werde. Einen andern Grund zu seiner Entfernung und die eigentliche Veranlassung zu dem Selbstmorde-Entschlusse kennt man nicht. — In der Nacht zum 15ten nach 12 Uhr befand sich der Nachtwächter H., eben mit einem andern Manne sich unterhaltend, auf der Dranienbrücke, als beide am nahen Louisen-Ufer etwas in den Kanal fallen und zugleich einen dumpfen Hülsruf hörten. Sie eilten zur Stelle hin und sahen hier den Kopf eines Mannes aus dem Wasser hervorragen. Man warf ihm einen Gurt zu, diesen ergriff er auch, er wurde daran in die Höhe gezogen, doch ließ er wieder los, fiel in das dort 10 Fuß tiefe Wasser zurück und kam nun nicht wieder zum Vorschein. Bei der starken Strömung des Wassers und der Dunkelheit der Nacht schienen sonstige Rettungsversuche nutzlos. Erst nach langem vergeblichen Suchen wurde am 15. Mittags die Leiche des unbekanntes, sehr ärmlich gekleideten Mannes im Wasser aufgefunden und herausgezogen. — Aus Eifersucht brachte gestern ein hiesiger Kutscher seiner 30 Jahre alten Ehefrau mit einer Art mehrere Schläge in den Kopf bei, welche sie in einen lebensgefährlichen Zustand versetzten. — Auch heute ist das Wasser auf Ober- und Unterspree wieder um 2 Zoll gefallen.

Literatur

„Freiheitskämpfe“ ist eine Sammlung poetischer Gedichte der vorzüglichsten Dichter des deutschen Volkes, welche bei Simon in Berlin im vorigen Jahre erschienen und von der uns jetzt schon die zweite Auflage vorliegt. Arndt, Beck, Freiligrath, Geibel, Gottschall, Anstasius Grün, Moriz Hartmann, Heine, Herwegh, Hoffmann v. Fallersleben, Kinkel, Renau, Reizner, Platen, Prutz, Rückert, Sallen, Uhland, Zü. Ulrich und viele Andere, selbst Walder, bilden den reichen Dichterkranz, dessen Lorbeer die hier mitgetheilten Dichtungen wie starkduftende Drangenzweige und dunkelfarbige Kamellen mit lebenskräftigen Blüten schmücken. Wir können nur im Allgemeinen auf die Fülle des Wertvollen aufmerksam machen, welche das Bändchen darbietet und in sechs Abschnitte ordnet unter den Aufschriften: Freiheit, Deutschland, Brot und Arbeit, Primath und Fremde, Gräber der Freiheit, die Religion der Zukunft. Eines dieser Abschnitte näher zu gedenken, bewegt uns die ergreifende Macht des Augenblicks, der uns mit dem Frühlingserwachen des März umhaucht, mitten inne zwischen dem Dreizehnten an der Donau und dem Abtheilten an der Spree. Wir meinen die „Gräber der Freiheit“. Als Mottokraut trägt derselbe an seinem Anfang mit einigen sehr schönen Aussprüchen Platen's, Renau's und Anstasius Grün's, vier Grabchriften aus dem Friedhof bei Berlin. Sie sind einfach und schlicht, aber sie ahmen den Geist, welcher die Verlebten im furchtbaren Kampfe aufrecht erhielt, den Geist, welcher der eigentliche Kämpfer war selbst da, wo der Arm nur aus dunklem Gefühlsdrang sich gegen Druck und Willkür erhob. Diese schlichten Grabchriften fanden daher mit Recht eine Stelle neben den edelsten Dichtungen, denn, wie der wahre Dichtergenius nur aus den Tiefen des Volksgeistes und des Volksgemüths seine schönsten Gedanken schöpft, so erklingt in diesen Grabchriften unmittelbar die sinnige Reflexion einer vollbrachten That des Volkes, namentlich in den Versen: „Im Kampfe für des Volkes Freiheit sterben, Das ist das Testament, nach dem wir erben.“ Es ist derselbe allgemeine Boden, aus welchem der naive Ausdruck dieser Sprüche, aus welchem die erhabenste Begeisterung unserer Dichter erwachsen ist.

Handel und Industrie

Niederländische Börse. Neueste Course. Berlin, den 17. März. Amsterdam, 14. März. 2 1/2 Intgr. 54 1/2. 5 1/2. 10 1/2. gr. Pisen 10 1/2. Comp. — 5 1/2. Met. 7 1/2. Mex. 27 1/2.

Der Rückgang der französischen Rente wirkte sehr nachtheilig auf den Holl. Fonds-Markt und sowohl Holl. als fremde Fonds waren zu niedrigen Preisen angeboten. In Ersteren war der Handel in Intgr. und 4 1/2, in Letzteren, in Span. und Portug. sehr belebt.

London, 14. März. 3 1/2 Conf. p. C. 95 1/2. a. J. 96. 3 1/2. — 3 1/2. Span. 35 1/2. Int. 5 1/2. Arb. 16 1/2.

Wien, 14. März. 5 1/2 Met. 9 1/2. Nordbahn 108 1/2. Gloggn. 110 1/2. Mail. 77 1/2. Liv. —. Pesth 87 1/2. Budn. —. S.-A. 1080. Amsterd. 160. Augsb. 115 1/2. Frankfurt. 115 1/2. Hamb. 169 1/2. London 11. 32. Paris 136 1/2. Gold 121 1/2. Silber 115. 4 1/2. 82 1/2. Bahnen und Fonds sehr, besonders 5 1/2. Met., Bank-Aktien niedriger, fremde Dividen und Contanten häufiger und billiger gemacht.

Breslau, 16. März. Ober-Schl. A. 104 1/2. B. 104. Freiburg 78. Köln-Mind. 95 1/2. Niederschl. 83 1/2. Säch.-Schl. —. Brieg-Neisse 36 1/2. Grac.-Ober-Schl. 68 1/2. Ost.-Oderb. —. Fr.-Witth.-Nordb. 42 1/2. Dester. Banknoten 88 1/2. Poln. Banknoten 96 1/2.

Leipzig, 16. März. Eisenb.-Act. 111 Br., 110 1/2 G. u. bez. Magdeburg-Leipziger 214 1/2 Br. Berlin-Anhalt A. u. B. 91 Br. Sächsisch-Bair. 86 1/2 Br. Sächsisch-Schl. 94 Br. Chemnitz-Rita 24 1/2 Br. Bau-Bilan Litt. A. 25 Br., 24 1/2 G. Friedr.-Witth.-Nordbahn 42 G. Köln-Minden 95 1/2 Br., 95 1/2 G., 95 1/2 bez. Altona-Kiel 92 1/2 Br. Anhalt-Desauer Landesbank 126 Br., 125 1/2 G. Preuss. Bank-Anstalt 95 Br. Dester. Bank-Noten 88 1/2 Br., 88 G. u. bez.

Paris, 14. März. 3 1/2. 57. 20. 5 1/2. 92. 25. St. Germain —. Berl. r. u. 187. 50. l. u. —. Straßb. 115. —. Nordb. 440. —. Fonds waren heute günstiger, ebenso Eisenbahn-Aktien besser.

Berlin, 16. März 1850. (Bericht von M. J. Manheimer.) Der vor einigen Tagen mit einer plötzlichen eingetretene Witterungswechsel brachte im Geschäft zwar etwas mehr Rührigkeit zu Wege, aber bei dem dadurch höher gegangenen Preisen blieb der Umsatz klein, und man scheint erst das Weitere abwarten zu wollen. — Weizen ist in loco nicht über 48 — 54 1/2 bei Kleinigkeiten zu notiren. Im Ganzen ist gar nichts gemacht. — Roggen bleibt in loco bei 25 — 27 1/2 schwer veräußlich, eben so verhält es sich mit schwimmenden Partien und nur der Seltener halber wurde ausnahmsweise für eine Ladung 88 1/2 27 1/2 bewilligt. Auf Lieferung haben die Preise in den letzten Tagen etwas angezogen, doch verstand man sich augenscheinlich nur schwer dazu, etwas mehr anzulegen. Man nahm nur einiges zur Deckung früherer Lieferungsverkäufe; neue Ankäufe wurden nicht gemacht, da die Aussichten auf Absatz nach auswärts zu wenig einladend sind. — Frühjahr ist heute zu 24 und 23 1/2 verkauft, 24 1/2 blieb in Forderung, pr. Mai-Juni 24 1/2 Br. 24 G., pr. Juni-Juli 25 1/2 Br. 25 G., pr. Juli-August 25 1/2 bez., Br. u. G., pr. Sept.-Okt. 26 1/2 Br. 26 1/2 G. — Gerste ohne Handel, große 20 — 22, kleine 17 — 20 1/2. — Hafer fürs Plagengeschäft zum Consum 15 — 17 1/2, pr. Frühjahr 50 1/2 zu 14 1/2 käuflich. — Erbsen, große 30 — 32 1/2, kleine 27 — 29 1/2. — Das Geschäft in Kleesaat scheint immer mehr zu ermaten, und nur an Consumanten sind zu folgenden Preisen Kleinigkeiten unterzubringen: rote zu 9 — 18 1/2, weiße zu 8 — 14 1/2, nach Qualität; dagegen ist Thymotheesaat gefragt und mit 9 1/2 a 10 1/2 bez. — Für Rapssaat ist wieder in Preisen noch im Geschäftsvorkehr eine Aenderung anzugeben. — Rüböl gestaltete sich entschieden besser. Die Stimmung ist günstiger und wird von mehrseitigen Befürchtungen für die Desseanten unterstügt. Jedemfalls hat der Markt ein festes Aussehen, und wenigstens der Umsatz nicht ausgebeht war, so ist der Grund nur darin zu suchen, daß Inhaber meistens höher halten, als Limiten ausreichen. Deute wurde zuerst bei lebhafterer Frage und zu etwas besseren Preisen mehrere umgesetzt, später wurde der Markt ruhiger, und war zu den vorher gebotenen Preisen wieder ankommen. loco 12 1/2 G., pr. März 12 1/2, und 12 vert. u. Br. 11 1/2 G., pr. März-April 11 1/2 G., pr. April-Mai 11 1/2 und 11 1/2 vert. u. Br. 11 1/2 G., pr. Juni-Juli 11 1/2 G., pr. Sept.-Okt. 11 1/2 und 11 1/2 bez. 11 1/2 Br. 11 1/2 G. — Leinöl loco 11 1/2 a 11 1/2, pr. März-April 11 1/2 Br., pr. April-Mai 11 1/2 Br. 11 1/2 G., pr. Mai-Juni 13 1/2 Br. 13 1/2 G., pr. Juni-Juli 14 1/2 Br. 14 1/2 G., pr. Juli-August 14 1/2 Br. 14 1/2 G., pr. August-Sept. 15 1/2 Br. nominell 10800 1/2. Am Landmarkt wurde in dieser Woche Weizen, wovon ca. 100 Wspl. zugeführt waren zu 47 — 56 1/2 verkauft, Roggen ca. 90 Wspl. 26 — 29 1/2, Gerste ca. 40 Wspl. 20 — 23 1/2, Hafer ca. 170 Wspl. 17 — 20 1/2, Erbsen 5 Wspl. 31 — 33 1/2.

Zukunft auf dem Wasser vom 7. bis 15. d. M.: Neustadt CW. 234 Wspl. Weizen, 40 Wspl. Roggen, 56 Wspl. Delsaat.

Wiesbaden, 304 Wspl. Weizen, 468 Wspl. Roggen, 3800 Ctr. Wehl. Zusammen: 538 Wspl. Weizen, 508 Wspl. Roggen, 56 Wspl. Delsaat, 3800 Ctr. Wehl. Vom 20. Febr. bis 15. März: 918 Wspl. Weizen, 903 Wspl. Roggen, 647 Wspl. Hafer, 56 Wspl. Delsaat, 7500 Ctr. Wehl. Das Wetter ging, nachdem es bis Donnerstag bald etwas schön, meistens aber stürmisch und raub war, plötzlich zu ungewöhnlicher Kälte über, die sich in voriger Nacht bis 7 a 8 Grad steigerte.

Telegraphische Depeschen der National-Zeitung. Paris, Sonnab., 16. März, Abends 8 Uhr. Der Moniteur meldet heute die Ernennung Baroché's zum Minister des Innern. Ferdinand Barrot, bisheriger Minister des Innern, ist zum Gesandten in Turin ernannt.

Wien, Sonnab., 16. März, Nachmittags 3 Uhr. 5prozent. Metalliques 92 1/2. 4 1/2prozent. Metalliques 81 1/2. Nordbahn 106 1/4. Pesth 86 1/2. Alles schön, telegraphischer Verkaufs-Aufträge zufolge, bei bewegtem Umsätze, niedriger gewesen, dann höher, Schluss flau. — Valuten höher. — London 11, 34. Hamburg 170. Amsterdam 161. Augsburg 116. Gold 22. Silber 15 1/4.

Amsterdam, Sonnabend, 16. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Integrale 55 1/16. Arboins 107 1/8. Spanische inländische Schuld 28 1/16. 5prozent. Metalliques 76 1/2. — Neys 7 1/2 April 68 1/2. — Rüböl 7 1/2 April 39 1/4.

Paris, Sonnab., 16. März, Nachmittags 5 Uhr. 5prozentige 91, 60. 3prozentige 56, 55. Beim Schluss der Redaction, Nachs 12 Uhr, war uns die heut fällige Depesche aus London vom 16. d., noch nicht zugekommen.

Verantwortlicher Redakteur: F. Zabel.

[3091] Im Jahre 1848 hatte sich eine Auswanderungs-Gesellschaft gebildet, welche bei gänzlicher Mittellosigkeit ihrer Mitglieder, sich an die öffentliche Mildthätigkeit wandte. Die Herren Stadtsyndicus Hedemann, Stadtverordneter Heyl und Gaillard übernahmen, auf die Bitte des Vereins, die Verwaltung der eingehenden Gelder. Der Ertrag von Sammlungen und

verschiedenen künstlerischen Vorstellungen schaffte dem Vereine ein Vermögen von 1237 Thln. — Dan edlen Gubern Dank! — Diese Summe ist indessen nicht ausreichend, um die Kolonisation, welche der Verein sich zum Ziele gesetzt hatte, selbst im kleinsten Maßstabe zu verwirklichen, obwohl sich die Zahl der Mitglieder nach und nach von 124 bis auf 36 vermindert hatte. Von obiger Summe sind für 9 Mitglieder die Kosten der Ueberfahrt nach New-York und für 1 nach St. Thomas gezahlt worden. In der Ueberzeugung, daß die Geber vor Allem nur die Absicht hatten, hilffreie Hand zu leisten, ist der Verein zu dem Entschlus gekommen, den Rest des Vermögens unter die noch berechtigten Mitglieder zu vertheilen, die größten Theils Familienväter sind, weil ihnen durch eine solche Aufhülfe gründlicher geholfen wird, als durch eine Auswanderung mit durchaus unzureichenden Mitteln. Am 16. April soll die Vertheilung unter Aufsicht der Herren v. Hedemann, Heyl und Gaillard stattfinden.

Berlin, den 16. März 1850. Der Vorstand. C. Holgreve. Niczinski. J. Köhn. Das Curatorium. Hedemann. Heyl. Gaillard.

[3127] Die Handwerker, Meister, Gehülften und Gesellen, welche in den Stadttheilen des 4., 5. und 9. Volkvereins wohnhaft sind, laden wir zu einer Vorberatung über die Wahl des Gewerberaths auf Dienstag den 19. März, Abends 7 Uhr, im Saale des Herrn Münch, Große Frankfurterstr. 28, ein. Die Kommission der Volkspartei.

[3128] Versammlung des 8. Volkvereins Dienstag, den 19. März, Abends 7 1/2 Uhr in Villa Colonna. Der Vorstand.

Die Mnemonischen Vorlesungen des Prof. G. Lichtenstein

beginnen am Dienstag, den 19. März, Abends 7 Uhr, im Englischen Hause für Herren und Damen und werden 2mal wöchentlich stattfinden. [3054]

Karten zum ganzen Cyclus von 8—10 Lehrstunden à 1 Flor. und zu den beiden ersten Vorlesungen à 1 Thlr. in den Buchhandlungen der Herren Schlesinger, Linden 34, u. Schneider 19.

Meinmann's

Der Vortrag über natürliche Magie mit Experimenten findet Dienstag, den 19. März, Abends 7 1/2 Uhr, im Saale der Gesellschaft Urania, Kommandantenstraße 73, statt. Billets à 7 1/2 Sgr. sind daselbst bei dem Kassellan Hrn. Döhler zu haben. An der Kasse 10 Sgr. Kinder die Hälfte. Die ganze Einnahme ist dem Nicolaus-Bürger-Hospital bestimmt.

Der plötzliche Tod meines Bruders, des Gastwirths Peters hier selbst, veranlaßt mich, meinen in der besten Gegend der Stadt gelegenen, sehr frequenten, im vorzüglich baulichen Zustande sich befindenden

Gasthof erster Klasse

aus freier Hand, also ohne die Vermittelung eines Dritten, zu verkaufen. Seit einer langen Reihe von Jahren ist das Geschäft darin mit dem besten Erfolge betrieben worden. Kaufsüchtige wollen sich deshalb und wegen des Näheren in portofreien Briefen an mich hier, oder an den Kaufmann F. W. Brunnhoff in Stettin wenden. Nach geschwiehener Einigung kann die Uebergabe sofort geschehen. Derselbe, im März 1850.

[3120] Wittve Jürgen s, geb. Peters.

[3116] Ich verlege meine Wohnung von der Holzmarktstr. 53 nach der Stralauer Str. 57, neben dem Waisenhaus. Dr. S. Dull, prakt. Arzt.

„Neue Königsberger Zeitung“ (Redakteur: Heinrich Schöndörffer)

eröffnet mit dem 1. April ein neues Abonnement. Die Tendenz der Zeitung ist zur Genüge bekannt. Sie läßt es sich besonders angelegen sein, Deutschland ein möglichst reichhaltiges Bild von dem Leben der Provinz Preußen und ihrer Hauptstadt Königsberg zu geben, um diese entfernte aber wichtige Grenzmark dem Vaterlande stets im Gedächtnisse zu erhalten.

Dem Nachbarlande Rußland wird so weit als nur irgend möglich Beachtung gezollt.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. Alle Postämter nehmen Bestellungen an. Königsberg.

[3126] Adolph Samter.

Jagd- und Reitzeng-Fabrik von Boerner.

Mittwoch, d. 20. März und folgende Tage Vormittags von 9 Uhr an werden in der Königsstraße, Ecke der Heil. Geistsstr., wegen Aufgabe des Geschäfts die Bestände, bestehend in: Jagd- und Reitzeng, als Sättel, Säbberne Trensen und Kandaren, Reitzwecken, Jagdtaschen, Pulverhörner, Schrotbeutel; Strichgewebe und daraus verfertigte Möbel, als Kronen, Herren-Toiletten, Spieltische, Sophasische, Sessel, Lehnstühle; ganz vorzügliche Gewehre Lütticher Fabrik und viele andere Gegenstände, zuletzt mehrere Möbel und die Laden-Einrichtung versteigert.

[2760] Frank, Königl. Auktions-Kommissarius (Kurstr. 52).

[3033] Holztheer, alle Sorten Cement, Hydr. Kalk, Trass, Harz, Pech, Asphalt, Chamottsteine, feuerfester Thon u. dergl. m. bei F. W. Grosse Söhne in Berlin, Schiffbauerdamm Nr. 14.

[2813] Büchen-Kloben und Büchen-Knüppelböler sollen hinter der Garnisonstraße Nr. 2 und Ziegelstraße Nr. 10

billig verkauft werden.

[3012] Figuren und Console in großer Auswahl, verkauft zu herabgesetzten Preisen die Steinpappfabrik Spandauerstr. 58.

[3032] Kleingeschlagener Gas-Coaks ist angekommen und wird billigst aus dem Kabe verkauft. 14. Schiffbauerdamm 14.

N.-Köln a. W. 24. ist d. halbe Belle-Etage u. d. 2. Etage z. verm.

Verlag der Expedition der National-Zeitung (B. Wolff) in Berlin. Druck von Eduard Krause in Berlin, Unterstr. 91.